

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klassen 10 Pfennig

Roter Vorstoß
gegen den
Döitzsch-Kaiser-Block
im Dresdner Rathaus
Siehe im Innern
des Blattes

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

Abbestellungsfrist: Die neu einmal gezeichnete Kompartimentskarte oder deren Nachdruck ist für den 1. Januar 1932, für die Restkarte (einmalig) am 1. Januar 1932, für die Restkarte (einmalig) am 1. Januar 1932, für die Restkarte (einmalig) am 1. Januar 1932.

Preis: 1,50 RM (ohne Postgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Der Hefenlocher gewahrt bleibt. Bei Abnahme auf Bestellung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden-N. 1, Schillerstraße 2. Telefon: 2122. Postfach 112. Vertriebsstelle: Dresden 18 600.

Verantwortlich für den Inhalt: Der Redaktionsleiter, Dresden, Schillerstraße 2. **Verantwortlich für den Inhalt:** Der Redaktionsleiter, Dresden, Schillerstraße 2. **Verantwortlich für den Inhalt:** Der Redaktionsleiter, Dresden, Schillerstraße 2.

8. Jahrgang

Dresden, Montag den 18. Januar 1932

Nummer 14

Neue Kampfmaßnahmen der Eisenbahner

Passive Resistenz wird weiter geführt. Die Bewegung gegen Lohnabbau breitet sich aus. Rote Einheitsfront gegen die Reichsbahn-Direktion und Verbandsbürokratie. Christliche Arbeiter und Freigewerkschafter schließen sich der RWD an

Streik und passive Resistenz der städtischen Arbeiter in Plauen

Streik und passive Resistenz der städtischen Arbeiter in Plauen

Streik und passive Resistenz der städtischen Arbeiter in Plauen
Plauen, den 18. Januar (Eig. Meld.)
Heute morgen legten die Arbeiter der Müllabfuhr Plauen die Arbeit nieder. In einer Belegschaftsversammlung wurde einstimmig ein Streikbeschluss gegen den Lohnabbau gefasst. In dem Beschluss heißt es, daß die Belegschaft bis zur Zurücknahme des 10prozentigen Lohnabbaues der durch die Notverordnung diktiert wurde, ausharren will. Auch im Gaswerk ist eine ungeheure Empörung. Die Arbeiter sind bereits zur passiven Resistenz übergegangen.

Am Sonnabend konnten wir eine Anzahl von Berichten über die ungeheure Empörung der Dresdner Eisenbahner gegen die einzelnen Lohnabbaumaßnahmen veröffentlichen, die Freitag zu einer Reihe von Protestaktionen und ersten Kampfritten in bestimmten Dienststellen geführt haben.

Diese Antwort der Eisenbahner, die gegen den Willen der Verbandsbürokraten in allen Güterböden und Nahverkehrsstellen ihre Protestaktionen durchzuführen, zeigt eindeutig, daß die Hege der faschistisch-kapitalistisch-sozialdemokratischen Presseorgane gegen die RWD und die KPD die Arbeiterschaft nicht mehr zu verwirren vermag.

Geschlossene Aufnahme des Kampfes
Plauen, den 18. Januar (Eig. Meld.)
Heute morgen legten die Arbeiter der Müllabfuhr Plauen die Arbeit nieder. In einer Belegschaftsversammlung wurde einstimmig ein Streikbeschluss gegen den Lohnabbau gefasst. In dem Beschluss heißt es, daß die Belegschaft bis zur Zurücknahme des 10prozentigen Lohnabbaues der durch die Notverordnung diktiert wurde, ausharren will. Auch im Gaswerk ist eine ungeheure Empörung. Die Arbeiter sind bereits zur passiven Resistenz übergegangen.

Auf dem Sonnabend haben die Arbeiter ihre Empörung und ihre Proteste ganz offen zum Ausdruck gebracht. Das zeigt sich bei der Arbeitsleistung. Auf verschiedenen Dienststellen sind von einzelnen Gruppen und Kolonnen passive Resistenz ausgeht.

Der steigende Vormarsch der roten Einheitsfront aller Arbeiter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit, wird unter der Führung der RWD in den Betrieben fortgesetzt. Diese rote Einheitsfront wird über alle Feinde der Arbeiterklasse siegen!

In den von uns bereits veröffentlichten Berichten erfahren wir noch, daß in der Bahnhofsstraße die Arbeiter am Freitag die Arbeit niederlegten und eine Kolonne geschlossen am Dienststellenvorstand zog. Dort wurde die Forderung gestellt, daß der Lohnabbau sofort zu unterbleiben habe und der Reichsbahn-Direktion die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten sind.

Der steigende Vormarsch der roten Einheitsfront aller Arbeiter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit, wird unter der Führung der RWD in den Betrieben fortgesetzt. Diese rote Einheitsfront wird über alle Feinde der Arbeiterklasse siegen!

Gewaltiger Proteststurm der Eisenbahner gegen Verbandsbürokratie!

Rote Betriebsräte rufen zum Kampf!

Die öffentliche Kundgebung des reformistischen Einheitsverbandes der Eisenbahner im Kristallpalast mit der provokatorischen Tagesordnung „Die Eisenbahner in der Einheitsfront“ waltete sich zu einer Massenabrechnung der Eisenbahner mit der Verbandsbürokratie und einem Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. Im Saal des Kristallpalast waren ungefähr 800 Eisenbahner anwesend, darunter sehr viele Anhänger der RWD. Bei Bekanntgabe der Tagesordnung verlangte ein RWD-Kollege Zulassung der Diskussion. Als der Versammlungsleiter Delfers anher sich geriet und mit dem Hausrecht drohte, erhob sich sofort ein Empörungsturm gegen Delfers, und unter diesem Druck mußte er die Diskussion zulassen.

Die Tagung der roten Betriebsräte im UB Dresden. Eine Kundgebung für rote Einheit in den Betrieben. Appell an die Belegschaften für Befestigung der Notverordnung-Betriebsräte

Als der Referent R. Kus-Hamburg den Lohnabbau verteidigte, die Kommunisten angriff und Ernst Thälmann dem Faschismus Hitler gleichstellte, erhob sich ein solcher Empörungsturm, daß Kus sich veranlaßt sah, seine Hege gegen die Kommunisten abzulegen. Auf seinen Appell für die Brüningsche „Eiserne Front“ antwortete ihm der rote Betriebsratsvorsitzende Barckhahn mit der Antwort: „Er stellt an Hand der Sonnabendnummer der Arbeiterstimme fest, wie die wirkliche Stimmung der Eisenbahner ist. Kennzeichnet die Lohnabbauspolitik des „Heimlichen Heils“ und entlarvt den Hindenburgblock der SPD und KPD-Führer. Als er die Toilettierung Brünings und Schicks als von Weg zum Faschismus enthüllte und den Ausweg der RWD und KPD aufzeigte, erscholl einstimmig der Ruf:

In der „Banischen Krone“ sagten gestern die roten Betriebsräte Dresdens, 21 Betriebe, darunter Großbetriebe wie Eltwerf, Seidel u. Naumann, Sachsenwerk, Mimos, Straßenbahn u. a. m., waren vertreten. Das mit starkem Beifall aufgenommene Referat des Genossen Sindermann löste eine recht lebhaft Diskussion aus. In hochbewusster Selbstkritik zeigten die roten Betriebsräte ihre Schwächen in der Betriebsarbeit auf und gelobten die Liquidierung des Masseninjektors der SPD und der Gewerkschaftsführer verstärkt durchzuführen und die Betriebe zu roten Hochburgen des proletarischen Klassenkampfes zu machen.

„Unser Führer ist Ernst Thälmann!“
Einstimmiger Beifall antwortete ihm, als er zum Schluß erklärte:

Nach Begrüßung durch Vertreter der Freidenker und der Erwerbslosen ergriff Genosse Kurt Sindermann das Wort. Ausgehend vom 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der die Entwicklung der kapitalistischen Krise klar voraussagte, zeigte er die Verhängung der Weltkrise des Kapitalismus und ihre Auswirkung in Deutschland an.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Alle Kosten der Krise des Kapitalismus werden von der Bourgeoisie mit Unterstützung der SPD der Arbeiterschaft aufzuerlegen.

In weiteren Verlauf der Diskussion, in der einige vom Verband vorgeschickte Redner nacheinander die Bürokratie zu verteidigen versuchten, erzwang die Versammlung aus dem roten Redner Springer das Wort. Auch er kennzeichnete die Lage der Eisenbahner, enthüllte die Streikbetriebsratrolle der Bürokratie und rief zur Einheitsfront aller Arbeiter zum gemeinsamen Kampf um ihre Existenz auf. Auch ihm antwortete Beifall und Zustimmung.

Die SPD will die Millionen ihrer Anhänger mit der Politik des „Heimlichen Heils“ einfangen. Den rechten Dreh bildet die „eiserne Front“. Hier muß unser Kampf um die Klasse des Proletariats einsehen.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Anlässlich der Präsidentenwahl haben sich SPD und KPD erneut vor den Massen als die soziale Hauptstütze der faschistischen Brüningsdiktatur gezeigt, indem sie sich ebenso wie Hitler für den faschistischen Kandidaten der Diktatur des Finanzkapitals Hindenburg einsetzten. Die KPD hat den Genossen Thälmann als

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

den Kandidaten der Arbeiterklasse aufgestellt und die wertigen Massen zum außerparlamentarischen Kampf aufgerufen.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Das wichtigste Gebiet im Kampfe der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau und Notverordnungsbildung sind die Betriebe. Wir stellen allen Belegschaften die Aufgabe, Rechenschaft über die Tätigkeit ihrer Betriebsräte und deren Rücktritt zu fordern. Im Belegungslokal müssen die Arbeiter durch Unterschriftenammlung in den Betrieben den Rücktritt erzwingen und zur Neuwahl schreiten. Die Teilkämpfe erzwingen das Proletariat zu höheren Kampfmethoden. Nur wenn wir in diesem Sinne an die Arbeit herangehen, werden wir zum Kampf um den Sozialismus, um ein freies sozialistisches Deutschland kommen.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Nach der Diskussion wurde für den Reichsausschuß deutscher Betriebsräte je ein Vertreter der Eisenbahner, der Röhrenarbeiter und der Chemikarbeiter als Delegierte gewählt.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Dem Schlusswort des Genossen Sindermann, der die Ergebnisse der Diskussion kurz zusammenfasste, folgte die einstimmige Annahme nachstehender Entschließung:

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Die am 17. Januar in der Banischen Krone versammelten Betriebsräte des Unterbezirks Dresden erkennen in den Notverordnungen faschistische Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie zur weiteren Einschränkung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Mit verstärkten Ausbeutungsmaßnahmen, mit Lohn- und Gehaltsabbau, mit der reißenden Befestigung sämtlicher Erwerbslosen auf sozialpolitischem Gebiet, mit faschistischen Maßnahmen und politischer Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung versuchen die Kapitalisten und ihre Regierung das insanken geratene kapitalistische System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

In diesem Kampfe, in dem der Kapitalismus auf Kosten der breiten werktätigen Massen einen Ausweg aus dieser gewaltigen Krise sucht, findet er in der SPD seine soziale Hauptstütze.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Die neue Notverordnung, die ungeheure Verschlechterungen bringt, die die Löhne und Gehälter der Arbeiter abbaut, das sämtliche Tarifverträge außer Kraft setzt hat und damit das Tarifvertragsrecht, das elementare Recht der Gewerkschaftsbewegung beseitigt, die eine Million Sozial- und Unfallrentnern die Unterstützung nimmt, die soziale Wahlen und Betriebsräte wahlen verbietet, ist eine offene faschistische Methode, die nur dank der Unterstützung der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt werden kann.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Die versammelten Betriebsräte verpflichten sich, diese Notverordnungspolitik der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie unter der breiten Masse der Arbeiter und Angehörigen zu entlarven und

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

ihm sofort die Arbeit aufzunehmen für die Mobilisierung der Betriebsräte zum Rücktritt gezwungen werden.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

In den Betrieben sofort eine Betriebsratsversammlungskampagne zu entfachen und folgende Aufgaben zu erfüllen:

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Für jeden Betrieb, wo keine Betriebsräte vorhanden sind, ist es Aufgabe des Ortskomitees der RWD und der Leitungen der KPD, die Einleitung dieser Kampagne zu organisieren.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

In Betrieben, wo keine rote Betriebsratsmehrheit besteht, ist sofort die Arbeit aufzunehmen mit der Mobilisierung der Belegschaften mit der Forderung auf Berichterstattung der Betriebsräte über ihre Tätigkeit.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

In diesen Belegschaftsversammlungen muß ein betriebliches Kampfprogramm aufgestellt, ein Wahlausschuß gebildet und der Rücktritt der Betriebsräte gefordert werden.

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Rehnen reformistische Betriebsräte die Andersamung von Belegschaftsversammlungen wie ihren Rücktritt auf, müssen die Belegschaften bitten zur Unterschriftenammlung in den Betrieben heranzutreten, worin gefordert wird: Einberufung einer Belegschaftsversammlung und Bericht über die Tätigkeit der Betriebsräte. Die Unterschrift gilt bei Ablehnung dieser Forderung zugleich als Mißtrauensvotum gegen den Betriebsrat und für seinen Rücktritt (§ 11 BGG, ein Viertel der wahlberechtigten Arbeiter genügt).

„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“

Die Unterschriftenammlung ist als letzte Kampagne zu führen, die Massen sind reformistische Betriebsräten nicht zu überlassen.

Handigen, sondern durch eine Kommission zu kontrollieren und in ihrer Anwesenheit zu kontrollieren.

Betriebe mit roten Betriebsräten haben dieselben Aufgaben. Der freiwillige Rücktritt der roten Betriebsräte erfolgt erst dann, wenn die Belegschaft in der Mehrheit für ihre Kampfaufgaben mobilisiert ist.

Die Aufstellung der Kandidaten der Betriebsräte hat in allen Fällen durch den Wahlausschuss und in Belegschaftsversammlungen zu erfolgen.

In jeder Belegschaftsversammlung muß zugleich ein Bericht der Krankenkassenvertreter über die Verschlechterungen der Leistungen der Krankenkasse und deren Beseitigung gefordert werden.

In jedem Betrieb ein roter Betriebsrat und ein revolutionärer Vertrauensmännerkörper, das ist das Ziel, das die Betriebsrätekonferenz allen Belegschaften stellt.

In jedem Betrieb eine K.G.C.-Betriebsgruppe und eine Betriebszelle der K.P.D.

Die Betriebsräte begrüßen die Kandidatur Thälmanns

Unter großem Beifall wurde einstimmig folgende Entschließung zur Aufstellung des Genossen Ernst Thälmann als rotter Präsidentschaftskandidat angenommen:

Die verammelten roten Betriebsräte begrüßen den vom K.P.D. zur Präsidentschaftswahl vorgeschlagenen roten Präsidentschaftskandidaten, den Genossen Ernst Thälmann.

Die verammelten roten Betriebsräte lehnen in der Kandidatur des Führers der K.P.D. die Möglichkeit allen Verfallenen nur die Klassenfront aufzuzeigen, die in der Generalabstimmung Klasse gegen Klasse zum Ausdruck kommt.

Gegen den Verzicht der K.P.D.-Führer, der Arbeiterklasse den „Bolschewikanten Hindenburg“ zu empfehlen, werden die revolutionären Betriebsräte alles tun, um die sozialdemokratischen Arbeiter dieser arbeitserfindlichen, laienistischen Politik der K.P.D.-Führer zu entziehen und durch die Schaffung der kämpfenden roten Einheitsfront die Klassenkandidatur der Arbeiterklasse zu propagieren.

Gegen die Hindenburgfront von Weis und Tarnow über Brüning bis Hitler rufen wir die Arbeiterklasse auf, zum besten Kampf unter Führung der K.P.D. und ihres Führers, Genossen Ernst Thälmann.

Der Kampf „Klasse gegen Klasse“ muß die Lösung aller Proletarier sein.

- Schafft die rote Einheitsfront!
- Kämpft für die Verbesserung eurer Lebenshaltung, für eure Existenz!
- Für ein freies sozialistisches Deutschland!
- Zusätzlicher Bericht über die Betriebsrätekonferenz folgt morgen.

Proteststreiks gegen Mordfaschismus

Brannsdorf, 15. Januar. (Eig. Meld.)

Die Belegschaft der Strumpf-AG in Brannsdorf hatte gestern beschlossen, an der Beobachtung des von den Faschisten ermordeten Genossen Fritz Herz teilzunehmen. Der Beschluß ist heute einstimmig durchgeführt worden. Die Belegschaft hat geschlossen den Betrieb von 16 bis 15 Uhr verlassen unter der Kampfslogans: **Gegen Mordverordnung und Faschismus!**

Lohnabbau verhindert

Die Unternehmer des Textilbetriebes Kunaß und Weidenburg in Oberlungwitz, die im Oktober durch einen Streik der Belegschaft gezwungen wurden, eine Leistungszulage von monatlich einer Mark bei den Männern und 80 Pfennig bei den Frauen zu zahlen, verweigern diese Leistungszulage abzubauen. Die Mittelbehörde der K.G.C. in diesem Betrieb riefen sofort nach Bekanntwerden des Unternehmerantrages zum Streik aus. Die Streikbelegschaft folgte diesem Ruf geschlossen und trat in den Streik. Bereits nach drei Stunden Streik konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, da die Unternehmer von dem Lohnabbau Abstand nahmen und die Leistungszulage weitergezahlt wird.

Streit der Wohlfahrtserwerblosen unter Führung der K.G.C.

Zwei Wohlfahrtserwerblose, die auf Anweisung des Stadtrates einen Bach reinigen sollten für einen Stundenlohn von 25 Pfennig legten nach vier Stunden geschlossen, mit Ausnahme eines 22-Jährigen, die Arbeit nieder.

Eine gemischte Kommission begab sich unter Führung kommunistischer Stadtratsmitglieder zum Bürgermeister und legte die Forderungen der Erwerblosen vor. Geleitet wird: **Bezahlung nach dem Tarif der Gemeindefürsorge und 20 Pfennig Wasserzulage pro Stunde.** Durch das geschlossene Auftreten der Erwerblosen erklärte sich der Bürgermeister bereit, am kommenden Sonntag den Verwaltungsausschuss einzuberufen, der über die Anforderungen der Erwerblosen beraten soll. Die Niederlegung wird nicht als Arbeitsverweigerung betrachtet. Die betreffenden Erwerblosen erhalten ihre Unterstützung weiter. Bis zum Abschluß der Verhandlungen werden die Arbeiter eingestellt.

Unerhörter Vorfall im Dresdner Fürsorgeamt

Heute morgen erschienen mehrere Erwerblose in unzer Metation und berichteten von einem Vorfall, der, wenn es sich so jugelungen hat, wie es glaubhaft geschildert wurde, einen beispiellosen Skandal darstellt. Nach diesem Bericht erschienen am Sonnabend auf dem Fürsorgeamt der in der Mühlstraße wohnhafte Wohlfahrtserwerblose Käbel mit einem Kinde und bat um Brot für seine hungernden Kinder. Aus irgendeinem nicht erklärlichen Grund geriet der Stadtkreuzrat Dr. Pauli, dem die Bitte vorgelesen wurde, in maßlose Erregung und schlug mit einem metallenen Gegenstand in Gegenwart des Kindes auf Käbel ein, so daß dieser mehrere schwere Kopfverletzungen erlitt. Gabel, der dann, durch Arbeiter aufmerksam gemacht, bei uns erschien, hatte mehrere Wunden. Das Blut war ihm am Körper heruntergelaufen. Der Krug ist ein einziger blutiger Achen. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Bei dem Vorfall muß Metallgegenstand, wahrscheinlich ein Pfeilblechmesser, zertrümmert sein. Ein abgesprungenes Stück wurde uns von Käbel als Beweismaterial mit abgeliefert.

Jedes Wort des Kommentars ist vorläufig überflüssig. Wie wir hören, wird die kommunistische Fraktion diesen Skandal durch einen Antrag im Dresdner Rathaus beleuchten. Die gesamten Dresdner Verfallenen aber werden mit uns in der Verurteilung dieser Methoden der kapitalistischen „Fürsorge“ einig sein.

SPEZIELLE VON DER PREISSENKUNG ENTHALTEN

Neue Steuerungsquelle droht!

Neue Preis-, Zoll- und Steuererhöhungen angekündigt. Buttersoll von 25 auf 75 Mark. Brotpreis erhöhung angekündigt. Arbeiter kämpfen mit K.P.D. und R.S.D. gegen Verschlechterung eurer Lebenslage

Nach den neuesten Meldungen droht den wertvollen Massen eine neue ungeheure Steuerungsquelle. Nach dem neuen Plan ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 6,5 Prozent in Aussicht genommen. Diese Erhöhung ist zwar „demokratisch“ zu den, gleichzeitig aber erklärt die bürgerliche Presse, daß sie dann eben in einigen Monaten erst werde. Um die Großproduktion zu betriebligen, wird jedoch jetzt bereits eine Erhöhung des Buttersollens von 25 auf 75 Mark pro Zentner durchgeführt. Die Erhöhung dazu ist in Vorbereitung. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß außer dem Anzeichen der Kartoffelpreise auch der Zucker für 1935 von 143,1 auf 156,4 festgesetzt werden kann, für „langfristige Lebensmittel“, d. h. Volksernährungsquelle ist der Gesamtzucker mit 136,5 auf 137,8 festgesetzt. Diese allgemeine Steuerungsquelle findet ihre Ergänzung durch eine alarmierende Meldung über eine geplante Brotpreis erhöhung in Berlin, die selbstverständlich ihre Auswirkungen im Reich haben wird. Die K.P.D. Brotfabriken kündigen eine Brotpreis erhöhung um 2 Pfennig an mit dem Hinweis auf das fortgesetzte Steigen der Rohstoffepreise.

Der Roggen, der pro Tonne Anfang Januar 186—187 Mark kostete, ist jetzt am 15. Januar auf 196—198 Mark gestiegen. Auf die Erklärung der Großhändler, daß sie ab heute die Brotpreis erhöhung durchzuführen würden, hat Herr Goedecker eine beweisende Antwort gegeben. Er erklärte nämlich, er werde sich „mit den Vorgesetzten auf dem Weltmarkt befassen“. Das ist die Antwort des von der K.P.D. den Arbeitern als „ausgleichsbringender Gerechtigkeit“ bezeichneten Preislenkungsamts.

Knapp zwei Wochen ist es her, da der lächerliche K.G.C. seinen verlogenen Kampf gegen jeden Kampf um Lohnerhöhung und für die „Senkung der Preise“ durch Kontrolle der Kleinhandlung leitet. Das hier Kultur schon zur Genüge die Rolle der K.G.C.-Bürokratie gekennzeichnet, so sind die neuen Maßnahmen über die Pläne der Reichsregierung für neue Zoll-, Preis- und Steuererhöhungen die schlagendste Widerlegung aller demagogischen Phrasen der sozialdemokratischen Führer. Während die Löhne und Gehälter rücksichtslos zum selbigen Termin gekürzt worden sind, wird aus der „geplanten“ Preislenkung eine

— offene Preis erhöhung der wichtigsten Volksernährungsquelle durchgeführt. Die Ursache ist die Preispolitik der Beiliedregierung, die den Großhändler die Durchdringung der Futtermarktpreise und jetzt auch der Butterpreise ermöglicht. Auch die Erhöhung der Schweine- und Fleischpreise steht damit im engen Zusammenhang. Die sozialdemokratischen und K.G.C.-Führer haben ihre Streichbruderpolitik gerade mit dem Hinweis auf den Ausgleich der Lohnsetzung durch die Preislenkung begründet. Jetzt stehen sie vor der gesamten Arbeiterklasse als gewöhnliche Betrüger!

Die Betriebsarbeiter und die Erwerblosen werden jetzt wissen, wie recht die kommunistische Partei und die K.G.C. hatten, als sie die „Preislenkungaktion“ des K.G.C. und der K.P.D. als schärfsten Beitrag an der Arbeiterklasse und den wertvollen Massen festzeichneten. Unter Führung der K.P.D. und der K.G.C. gilt es deshalb den Kampf gegen jede Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Massen aufzunehmen!

Schwere außenpolitische Niederlage der deutschen Bourgeoisie

Keine Regelung der Tributfrage, nur kurzfristiger Zahlungsausschub. Wahlen sollen abgewartet werden

Die „große“ außenpolitische Welt der deutschen Bourgeoisie „gegen“ die Reparationen hat ihre ernste Niederlage erlitten. Ueberraschend erklärt die englische und französische Presse, daß die Reparationskonferenz in Louvain vielleicht gar nicht abgehalten würde. Sollte sie jedoch stattfinden, dann könnte sie lediglich einige Tage dauern. In diesen wenigen Tagen würde der Reagenkomplex der Tributzahlungen überhaup nicht angeschnitten werden, sondern lediglich die Frage der kurzfristigen Verlängerung des Hoover-Zahlungsausschubs um sechs Monate. Erst nach den Wahlen in Preußen und in Frankreich könne man eine ernsthafte Besprechung der Reparationsfrage in die Wege leiten. Diese Erklärungen, an deren Entscheidender Bedeutung nicht gezweifelt werden kann, kennzeichnen die Schwere der Niederlage der deutschen Bourgeoisie. An dieser Tatsache ändern auch die Hoffnungen nicht, die die deutschen „Strategen“ an die Wand der Weltöffentlichkeit knüpfen. Die Schweizer Presse warnt ausdrücklich, „Deutschland möge sich von der Januar-Konferenz nicht zu viel versprechen“.

Was sich die deutsche Arbeiterklasse von der Kaufmann und von jeder anderen Konferenz der deutschen Bourgeoisie mit der

der anderen kapitalistischen Staaten versprechen kann, ist am eigenen Leide erfahren. Immer wird ihre Faust in die Luft getragen, immer wird auf ihre Kosten gehandelt. Ob und wie lange das so weitergeht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die K.P.D. hat in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung den einzig gangbaren Weg zur vollständigen Lösung der Tributfrage gezeigt. Diese Lösung werden die wertvollen Massen unter Führung der Arbeiterklasse erzwingen.

Glänzender Erfolg des roten Volksbegehrens in Oldenburg

Oldenburg, 18. Januar (Eig. Draht)

Das rote Volksbegehren in Oldenburg zeigt sich ein großer Erfolg der roten Einheitsfront. Das seit 1910 ein großer Erfolg der roten Einheitsfront. Das seit 1910 65 000 Einzeichnungen gemeldet, während im ganzen nur 20 000 nötig waren.

Unternehmerprotokoll enthüllt die Nazis für den Kapitalismus — Nur die kommunistische Partei kämpft für den Sozialismus!

Nazis für den Kapitalismus — Nur die kommunistische Partei kämpft für den Sozialismus!

Die „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlicht ein sensationelles Geheimdokument der böhmischen Unternehmer und zwar ein „vertrauliches Protokoll über die Sitzung des Gesamtsprechers des Verbandes tschechischer Industrieller vom 1. Juli 1931 im Hotel Bellevue, Dresden“. Dieses Geheimprotokoll enthält den dokumentarischen Beweis für die Rolle der NSDAP als Partei der Unternehmer und Großkapitalisten. Es gibt ein Referat des Hülsmannes Dr. Wagener wieder, das die vor den tschechischen Industriellen gehalten hat. In dieser Rede erklärt Wagener offen, daß der Nationalsozialismus einmal die „Freiheit der Wirtschaft“ antreten werde, daß er die Unternehmerinitiative als ihre Grundlage betrachte. Für den Lohn müsse ein möglichst niedriges Existenzminimum festgelegt werden, um so besser die Spanne der einzelnen „Leistungsleistungen“ vergrößert zu können. Wagener verdammt die Sozialfürsorge und unterstreicht, daß beim Kampf um Reparationen jede Verschlechterung der Wirtschaft vermieden werden solle. Das heißt nichts anderes, als Verzicht auf jeden Kampf gegen das Hoangotzial. Ausdrücklich erklärte Dr. Wagener, man müsse die tabulierten Reden einzelner „Personalitäten“ der NSDAP nicht so ernst nehmen, da das rasche Emporwachen gewisser Schichten innerhalb der tschechischen Arbeiterbewegung habe. Das gleiche gelte für die Annahme „unwürdiger Anträge“ (des: Arbeiterforderungen) in den Parlamenten. Dabei muß man den „nationalen Charakter“, d. h. die Vögelhaftigkeit der sozialistischen Phrasen der Naziagenden besonders berücksichtigen!

Diese Enthüllungen zeigen die Nazis im wahren Lichte. Wie die „Dresdner Volkszeitung“ richtig feststellt, bedeutet dieses Dokument:

„Die Naziartei empfiehlt sich den Unternehmern: Für den Kapitalismus!“

Aber hat die K.P.D. etwa etwas anderes getan, als die nationalsozialistischen Demagogen? Hat sie nicht ebenso sozialistische Phrasen benutzt, um gleichzeitig die Massen der Unternehmern auszusultieren. Haben sie, die K.P.D. und K.G.C.-Führer, nicht gemeinsam mit den Nazis Streikbruch zugunsten der Unternehmer organisiert? Ja, und sie nicht gerade durch ihre soziale Demagogie und ihre kapitalistischen Phrasen zur sozialen Hauptstütze der Unternehmerrückbildung geworden? Hat die K.P.D. nicht ausdrücklich auf ihrem Parteitag sich als

„Hort am Krankenlager des Kapitalismus“ bezeichnet?

Nazi und K.P.D. — verschiedene Gruppen tragen die Zwillinge der sozialistischen Kapitalherrschaft über ihre Köpfe. Nicht die Arbeiter, sondern die bürgerlichen Klassen durch soziale Demagogie und durch „legalen“ und illegalen Terror zugunsten der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft!

Es gibt nur eine Partei, die nicht die Massen mit sozialen Phrasen betrügt — sondern durch revolutionären Klassenkampf

für die Interessen der Arbeiterklasse und der wertvollen Massen, für den Sozialismus eintritt; und das ist — die kommunistische Partei!

1 650 000 Wohlfahrtserwerblose!

Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages betrug die Zahl der Wohlfahrtserwerblosen in den deutschen Gemeinden Ende Dezember rund 1 650 000. Das bedeutet eine Zunahme von 120 000 Wohlfahrtserwerblosen im Dezember.

Der Deutsche Städtetag hat berechnet, daß bei einer Verringerung von nur 625 Mark für jeden Wohlfahrtserwerblosen im Jahre die Leistung der Gemeinden rund eine Milliarde Mark beträgt.

Neue Schlägen gegen die K.P.D.

Die ganze bürgerliche Presse bringt in großer Aufwallung eine Meldung über einen großen Massenstreik in der K.P.D. und in den Tagen, die gegen die K.P.D. übertrumpft haben. Hitlerpreise, indem sie das „gelungene Werk“ der K.P.D. in Genugtuung schließt und sich und bereit behauptet, daß die K.P.D. sämtliche sämtliche Mitglieder der Terrorgruppe der K.P.D. sind. Wir stellen demgegenüber fest, daß kein einziger der kommunistischen Partei angehört.

8. Mai Wahltag in Preußen?

Die bürgerliche Presse meldet: Es seien Erwerblose in Gänge als Wahltag am Preußischen Landtag gleichzeitig mit den Landtagswahlen in Württemberg und Katalien den 8. Mai festzusetzen. Der Mandatswahltag soll bei den Preußen demselben die gleiche Bedeutung haben. Während früher auf 400 Stimmen ein Mandat entfiel, sollen auf Grund einer im Jahre 1930 erfolgten Reorganisation auf einen Abgeordneten 60 000 Stimmen kommen.

2 Bauarbeiter als Leichen geborgen

Die Rettungsarbeiten in der Karlsen-Zentrums-Graßgraben am Sonnabend spät abends zur Bergung der Leichen der Bauarbeiter Reich aus Benthin geführt. Reich war Familienoberhaupt und ist zwei Tage nach dem Unfall an einer schweren Verletzung, die er erlitten hatte, verstorben. In der Nacht zum Sonntag wurde ein zweiter Toter geborgen.

Nach Meldungen aus Tokio hat ein japanisches Bombenflugzeug am 18. Januar Bomben abgeworfen und dort ein Bombenverlager in die Luft gesprengt. Bisher wurden 52 Tote gemeldet.

Br

Die demokratische Freiheit ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Ein Mann, der unter einer Tyrannis leidet, muß sich nicht nur für sich selbst, sondern für die Freiheit der Menschheit einsetzen.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Die Demokratie ist ein Kampf um die Freiheit der Menschheit.

Briands Sturz

Die demokratisch-bürgerlichen Blätter ganz Europas jammern: den Friedensheld ist gestürzt und seinen — Kritiker — als französischer Außenminister Laval Platz machen müßte.

Ein „Mann des Friedens“? Briand war einmal Minister, darunter einmal Ministerpräsident des imperialistischen Frankreichs. Diese einfache Tatsache sollte die schimpflichen Kränkungen jählen.

Briand ist wie viele der maßgebenden imperialistischen Staatsmänner der Nachkriegszeit ein Renegat der Sozialdemokratie. Während des Weltkrieges war er als Ministerpräsident für die kriegsindustriellen Interessen verantwortlich. Er war ein Vorkämpfer für die Anechtung der „Belgien“, für Versailles, James- und Youngpläne.

Briand zeichnete für die Außenpolitik des französischen Imperialismus in den letzten sieben Jahren verantwortlich. Jedem Weltbürger sind die Aussagen der russischen Sozialdemokratie im Moskauer Vertrag noch in Erinnerung, die eindeutig bewiesen haben, daß Briand der Hauptverantwortliche aller internationalen Verbrechen gegen die Sowjetunion war. Alle Provokationen der französischen Imperialisten gegen die Sowjetunion wurden im französischen Außenministerium beschlossen. Auch die Fäden, die den tschechischen Premierminister Benes leiteten, der die Sowjetunion durch ein Attentat auf den japanischen Vizekonsul in den Mandchurien-Krieg verwickeln wollte, liefen in Briands Amtsräumen zusammen. Und der japanische Raubzug in der Mandchurien und Koreas konnte nur mit aktiver Unterstützung Frankreichs begonnen und weitergeführt werden.

Über gleichwohl verstand es dieser Exponent des rührerischen imperialistischen Imperialismus wie kein anderer, die Schleier pazifistischer Propaganda über die aggressive Außenpolitik Frankreichs zu ziehen. Seine nach Hunderten jählenden Reden im Völkerbund und auf den verschiedensten Versammlungen trübten den Friedensbewertern. Und seine Idee eines europäischen imperialistischen Staatenbundes wurde geschickt wie kein anderes Experiment in ein kirchlich-gewandenes Gewand gekleidet, das das Entzücken aller bürgerlichen Pazifisten erregte.

Doch heute, wo relative Stabilisierung und Scheinfunktion der Kapitalökonomie im Strudel der Krise verfunken sind, werden auch die Möglichkeiten für friedliche Vereinbarungen zwischen den Imperialisten über die Verteilung der Tribute und die Ausbeutung der Kolonien geringer. Die heillosen Kriege, die in allen kapitalistischen Ländern wüsten, hat die imperialistischen Gegensätze auf die Spitze getrieben. Alle internationalen Abmachungen und Verträge zerfallen an dem imperialistischen Bedürfnis nach Erweiterung der Absatzmärkte zur Überwindung der Krise.

Der Kampf um die Reparationen ist mit voller Heftigkeit entbrannt. Der Kampf um die Ausplünderung der Kolonien China hat bereits einen mit allen Bezeichnungsmitteln der modernen Technik geführten Raubkrieg hervorgerufen. Das Steigen der Kriegskosten in Paris, verbunden mit einer hauswirtschaftlichen Krise der bürgerlichen Welt, hat die imperialistischen Pazifisten in glühende Kriegshetze verwandelt. Die Kräfte, die nun auch das sozialdemokratische Frankreich erfasst, rufen eine radikale nationalstaatliche Linie in den Kleinbürgerlichen Schichten hervor, auf die sich die imperialistischen Regierungen bei ihrer immer mehr einen oben-unter Charakter annehmenden Außenpolitik zu stützen versuchen.

Heute ist ein Außenminister, der bombastisch verkündet hat: „Briand ist an der Stelle, wo ich jetzt stehe, wo ich jetzt stehe, wird es keinen Krieg geben“, eine Befassung für die kriegerische Politik Frankreichs, obwohl Briands Politik voll und ganz den Interessen des französischen Imperialismus entsprach. Heute braucht die imperialistische Außenpolitik für diese Stelle einen Mann, dem man nichts vorwerfen kann, wenn der Annonceman des mandchurischen Kaiserreiches in seinen Reden mifflingt.

Der Sturz Briands und die Übernahme des Außenministeriums durch Laval bedeutet eine Verschärfung des Kampfes der imperialistischen Außenpolitik, die auf der kommenden Reparationskonferenz zu Beständen gesteigert Tributverpflichtung an den zwischen Vorkriegsjahren führen wird.

Der »Vorwärts« preist Mussolini



In seiner Nummer vom 15. Januar stellt der „Vorwärts“ in einem Artikel „Europäische Einheitsfront“ fest, daß sich Mussolini nunmehr auf dem Wege der 2. Internationale befindet. Der

„Vorwärts“ ist geradezu begeistert davon, daß Mussolini nicht nur aus den Beschlüssen der 2. Internationale etwas gelernt hat, sondern noch mehr aus einem Artikel des „Vorwärts“ vom 29. Dezember vorigen Jahres.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß ganz Europa sich dem Gedanken Mussolinis in der Reparationsfrage anschließen müsse. Der Kampf, den man gegen Frankreich in der Reparationsfrage führte, habe gar keinen Sinn und Zweck, wenn die europäische Einheitsfront — mit Mussolini an der Spitze — nicht zustande kommt. Frankreich, so meint der „Vorwärts“, könne nichts dafür, wenn es Reparationen fordert, weil es Schulden an Amerika zahlen muß. Daher müsse eine gemeinsame Front gegen Amerika gemacht werden und in dieser Beziehung wolle Mussolini den Weg. Kurz, um zum Ziel zu gelangen, müsse man nach dem „Vorwärts“ unbedingt in den Fußtapfen Mussolinis wandeln.

Nun ist es vor allem eine Tatsache, daß gerade der Sozialdemokrat Hermann Müller den Betrag von Versailles unterschrieben und daß die Sozialdemokratie immer Erfüllungspolitik betrieben hat. Wann und wo ist die zweite Internationale für die Streichung der Reparationen eingetreten? Sie alle haben doch stets die imperialistischen Verträge als ein Heiligtum betrachtet.

Die Reparationen sind so verteilt, daß für Italien nichts abfällt. Dagegen ist Italien an Amerika verschuldet. Von einer Streichung der Schulden hat Italien nur zu gewinnen. Und daher spielt sich Mussolini als ein Vorkämpfer für Reparationsstreichungen auf. Mussolini vertritt hier Deutschland für seine Interessen vorzugreifen. Und hinter dieser die begeisterte Zustimmung des „Vorwärts“, womit der „Vorwärts“, der ja auch in der Außenpolitik stets den imperialistischen Kurs betrieb, sich nun mit Mussolinis auf einer Linie findet.

Noch nicht begonnen — schon vertagt?

Um das Schicksal der neuen Tributkonferenz von Lausanne

London, 16. Januar (Eig. Bericht). Wie wir bereits schon kurz meldeten, macht der bekannte englische Wirtschaftspolitiker und Direktor der Midland-Bank J. M. Keynes macht in der englischen Presse offensichtlich im Einverständnis mit Regierungskreisen den Vorschlag, auf der Lausanne Konferenz nur das am 31. Juli ablaufende Hoover-Memorandum für die deutschen Reparationszahlungen bis zum 15. Dezember (dem

nächsten Schuldenzahlungstermin an Amerika) zu verlängern. In der Zwischenzeit soll dann ein Plan für eine „Endlösung“ ausgearbeitet werden.

Die englische Regierung hat nunmehr nach langen Beratungen zu dem Bericht des Sachverständigenausschusses des Europarates seine schriftliche Stellung genommen. Die Erklärung präzisiert nochmals den englischen Standpunkt, daß die Regelung der internationalen Schulden die wesentlichste Frage sei.

Auch die französische Presse beurteilt die Aussichten der Konferenz von Lausanne sehr skeptisch. Es mehren sich die Stimmen, die klipp und klar aussprechen, daß an eine Einigung nicht zu denken ist und eine sofortige Vertagung der Konferenz verlangen. Die Forderungen der Inosgläubiger (England und Amerika) stehen im klaren Gegensatz zu den Forderungen des Reparationsgläubigers Frankreich. Man hofft, während der durch die Vertagung der Konferenz erreichten „Atempause“ eine Verständigungsphase zu finden. Nur in der Frage der Erprellung von Tributen und Zinsen aus Deutschland sind sich alle imperialistischen Stanten einig.

Eine Vertagung der Konferenz von Lausanne bringt ein neues Moment der Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft und trägt unmittelbar zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Die deutsche Bourgeoisie wird wiederum um eine Fokierung armer. In der geschlossenen Front der Tributverpflichtungen prallen alle nationalstaatlichen Vorkämpfer ab.

Rettet Ruegg!

Wie wir schon vor einigen Tagen gemeldet haben, bedienen sich die chinesischen Behörden einer niederrangigen Arbeiterin, um den verhafteten Schweizer Bürger Ruegg und seine Frau weiter im Kerker behalten zu können. Wie ihren gefälligen Bildern wollen sie nämlich beweisen, daß Ruegg gar kein Schweizer Bürger sei, um sich damit der Verpflichtung zu entziehen, ihn und seine Frau vor den internationalen Gerichtshof zu stellen. Darin gehen sie die volle Unterstützung der Engländer, ja man kann sagen, hinter der ganzen Sache steht der englische Imperialismus, der die Schweizer Regierung veranlaßt, Ruegg zu verhaften.

Um so notwendiger ist es daher, daß die Arbeiterschaft die Stimme des Protestes erhebt, damit der Gewerkschaftsführer Ruegg und seine Frau den Klauen der chinesischen Henker entzogen werden.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

Vorsicherung

„Alter Ruß!“ Ippotea Meier. „Der meint auch, wenn die Bettel nicht hilft, versucht man es einmal mit Zunderbrot. Scheiß in'n Kalender!“

„Dreht den Schwabenschwanz fertig und seilt dich auf Dach“, sagte Meier dann zu Albert. „Die Hunde passen auf, wo sie stehen können. Wir dürfen nicht mehr fertig schreiben diese Blöde. Wenn wir jetzt nicht aufpassen, behalten sie uns so, daß wir nicht mehr pissen gehen können. Und wenn dann eine dritte Schlacht kommt, die wir mit durchschleppen müssen, sitzen wir im Stütz.“ Albert hörte zu und sagte nicht ja und nicht nein.

Einige Tage später wurden Meier und der Betriebsrat zur Direktion vorgeladen. Meier forderte jedoch eine von den Kollegen gewählte Kommission, was auch bewilligt wurde. Der vorgewählte Herr Reimer, die „rechte Hand“ der Betriebsleitung, empfing sie. „Nehmen Sie bitte Platz, meine Herren!“ lud er sie ein und zeigte mit weit ausschlagender Handbewegung auf tiefe Stühle. „Der Herr Betriebsleiter kommt sofort!“

„Morgen, meine Herren!“ grüßte Kirchoff.

„Nur einer fügte hinzu: „Herr Betriebsleiter“. Es war Kirchoff, der Betriebsrat.

„Wir können also beginnen. Wenn die Herren einverstanden sind, werde ich, natürlich nur um die Verhandlungen zu erleichtern, den Vorsitz übernehmen.“ Reimer lächelte wohlwollend. „Sollt kann einer von den Herren ebenlogut.“

„Machen Sie mir weiter“, unterbrach Meier.

„Dann möchte wohl Herr Kirchoff erst einige Worte sprechen, wenn die Herren...“

Es erfolgte kein Widerspruch.

Kirchoff fuhr mit der Hand über die Stirn. „Es handelt sich darum, ein — vielleicht nicht ganz unberechtigtes — Mißtrauen zu heftigen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es mir darauf ankommt, zu einer Verständigung zu kommen.“ Kirchoff sah flüchtig in die vor ihm stehenden Gesichter, als wolle er die Wirkung seiner Worte abschätzen und die der Betonung, die er auf das Wort „Verständigung“ legte. Dann fuhr er fort:

„Wenn es uns nicht gelingt, auf Grund einer durchgreifenden Reevaluation eine solide Unterlage für die Leistungsfähigkeit unserer Werke zu bekommen, dann ist die Stilllegung unvermeidlich. Ich glaube, daß letzteres auch für die Belegschaft nicht sehr angenehm ist.“

Kirchoff stockte wieder. Und die Proleten sahen da und überlegten. Das hatten sie nicht erwartet. Meier sah Kirchoff an, ein unterdrücktes Lachen in den Augen.

Schleifer, der Betriebsrat, hülfte sich beraten, zu sprechen. „Ich glaube, daß die Leistungsfähigkeit unserer Werke schon voll ausgeschöpft ist, Herr Betriebsleiter. Daran kann doch die Weiterführung des Betriebes nicht scheitern.“

„Das ist wohl zu allgemein gesagt.“ — Doch ich mit einigen Unterlagen dienen?“

„Bitte, Herr Kirchoff“, antwortete Schleifer.

„Man kann doch hier rauchen?“ plante Meier da in die Gemütslichkeit und setzte eine Zigarette in Brand. „Das geht hier doch nicht so rasch. Da wird wohl Meier's Stempel wieder verschiedene Stunden zupacken müssen.“

Dann folgte ein langer Vortrag des Herrn Kirchoff. Er sprach vom verlorenen Krieg, von dem Verlust großer Teile der deutschen Industrie durch den Friedensvertrag, von den ungeheuren Kosten, die die verfallene deutsche Wirtschaft trotzdem zu tragen habe, und erläuterte dann den vorgeschlagenen Jahresbericht:

„Sie sehen also, meine Herren, wie die Dinge wirklich liegen. Zwei amerikanische Arbeiter leisten mehr als fünf englische und mehr als hundert deutsche. Natürlich befragt das nichts gegen den Arbeitswillen der deutschen Arbeiter. Die technische Verbesserung des Arbeitsprozesses, die den amerikanischen Arbeiter in die Lage setzt, diese Leistung zu vollbringen, das ist es! Bei dem technisch hochentwickeltesten Stand der amerikanischen und englischen Industrie und den Kosten, die unsere Wirtschaft außerdem noch zu tragen hat, ist es um so notwendiger, mit der Durchorganisation des Arbeitsprozesses ohne Bezug zu begreifen. Darum handelt es sich, meine Herren. Das ist nur durch gemeinsame Arbeit, getragen von

gegenseitigem Vertrauen, möglich. Wenn sich erst die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit auch in der Arbeiterwelt durchsetzt, dann wird es auch gelingen, das Schlimmste zu verhindern.“ Kirchoff betonte die „Notwendigkeit“ und das „Schlimmste“ besonders.

„Dann“ krummte Meier nach einer Weile und nickte finnen und rauchend.

Eisenhardt von den Spikendrehern meinte: „Da können wir ja noch Geld mitbringen, und dann reicht es auch noch nicht.“

Nun griff Reimer ein. „Herr Kirchoff sind zu Ende?“

„Wünscht jemand von den Herren das Wort?“

„Hilf!“ Meier drückte keinen Zigarettenrest im Ashbecher aus und begann:

„Daß die Karte im Dreck steht, das wissen wir. Und daß wir sie wieder rausziehen sollen, auch! Und wie das gemacht wird, Herr Kirchoff, das wissen wir jetzt schon. Wenn man so von der Schicht kommt, zehn Stunden, ein paar Stunden führt nach dazu im Streben, im kalten Zug und nichts im Magen, da weiß man schon, was die Uhr geschlagen hat. Und worauf läuft denn alles, was Sie uns da sagen, hinaus? Vier Jahre hat man sich drauhen im Dreck rumgeschliffen, die Frauen und Kinder sind verhungert und verkommen. Dann ist man wieder angepöppelt, ocht den ganzen Tag und kann sich doch keine Hufe auf'n Arsch kaufen. Und nun kommen Sie und halten uns einen Vortrag, daß das alles noch nicht genug ist. Immer noch mehr rausziehen. Für uns?“ Meier deutet mit dem Daumen an seine Brust. „Machen Sie doch keine Witze! Wir haben doch auch Augen im Kopf. Immer raus, immer liefern, immer drück! Wo geht denn das ganze Zeug hin, wenn die Amerikaner so billig liefern. Warum erzählen Sie denn nicht, was die amerikanischen Arbeiter verdienen?“

Die Kollegen ließen den ganzen Tag mit der Nase auf der Arbeit, wenn sie mal fünf Minuten rausziehen, sehen sie es an anderer Arbeit wieder zu. Und nun verlangen Sie, wir sollen „arbeiten“, Meier zog das „Einschicken“ lang durch die Zähne, daß wir uns noch schneller saputt machen müssen.“

„Wünscht sonst noch jemand von den Herren?“

„Ich wollte eigentlich daselbe sagen“, sagte darauf Eisenhardt. Auch die andere schüttelten die Köpfe. Dieses Kopfschütteln war hartgekochte Zustimmung.

Schleifer suchte einen parlamentarischen Ausweg der Sitzung zu ertrotzen.

(Fortsetzung folgt)

Dresden-A. Dresden-Friedrichstadt Dresden-Löblau

Schuh-Oestreich DAS BILLIGE SCHUHE US DRESDENS

Expres-Automat Prager Straße 54, schönster Ausflugsort inmitten der Heidemühle • Erfrischungsraum

Trinkt „Merkur“-Kaffee Kaffee-Grosso „Merkur“ Willy Schreckenbach

BÜRGER-KASINO, Gr. Brüdergasse Aelteste und beliebteste Kiemkunst-Bühne Dresdens

Gasthaus STADT BRAUNSCHWEIG Gute Verpflegung bill. Übernachtung

Wokufen Sie billig MÖBEL 30 Rosenstraße 30 Goldhammer

Weitlner Bahnhofswirtschaft Hamburger Büfett

Gefra-Funkschau Dresden, altes Rathaus Ausstellung u. Verkauf sämtl. Erzeugnisse der Funkindustrie

Zoologische Handlung Max Winkler, Gr. Zwingerstr. beste Einzelquelle für Vögel, Fische und Käse

Reserviert aufs Brot beste Ware - niedrigste Preisell am Bönischplatz 8

Wilm Nadler Stephanienstraße 51 Obst, Kolonial- und Frühlwaren

Prima Fleisch- und Wurstwaren Paul Nagel Dürerplatz 2

ff. Fleisch- und Wurstwaren Max Käffemödel 20 Inntergartenstraße 67

Prima Fleisch- und Wurstwaren Hellmut Winkler Glindestraße 41

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Emil John Platenauerstraße Nr. 70

„Renova“

Friedrich Holmann Fein- und Weißbäckerei

Fein- und Weißbäckerei Franz Pabich

Wein- und Spirituosenhandlung Otto - Öl - Ost

PAUL LANGE Kolonial- u. Obstwaren

Cotiaer Farben-Centrale kaufen Sie beim Fachmaler

Lehmanns Makronen u. Honigkuchen

Schokoladen-Spez.-Geschäft Ida Ziegs

Wilm Köhler, Blumenthalstr. 1 feine Fein- und Wurstwaren

Arthur Thieme Parfüm- u. Kosmetikwaren

Lebensmittel Lydia Bernemann

Gärtners Markthallen Allee 8 und 10

Feine Fleisch- und Wurstwaren Bruno Hertrampf

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Kurt Müller

Prima Fleisch- und Wurstwaren Emil Otto

Hamburger Fischhalle Max Wahl, Eilenburger Straße 5

Möbel von Schmieder Kesselsdorfer Str. 25 u. 17

Gasthof und Ballsaal „Bürgergarten“ Eilenburger Straße 16

Drema-Milch

Butterhandlung „Voreley“ Kesselsdorfer Straße 12

Wild, Geflügel, Feinkost Oskar Grundmann

MAX SCHMALZ Fleisch- und Wurstwaren

Konditorei u. Café Müller Weiß- u. Verfondgeschäfte

Hugo Petermann Kesselsdorfer Str. 12

Ernst Stiller Kesselsdorfer Str. 74

Helbig & Co. ist Ihr Spezialgeschäft für Bijouterie

Der neuzeitl. Badestuhl bequem sitzend

ff. Fleisch- und Wurstwaren Fritz Barthele

Reformhaus DW Kropfenstraße 37

Marini jetzt Gohliser Straße

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Alfred Böhm

Victoria Drogerie Schandauer Straße

Weine • Liköre • Spirituosen Max Herzog

Beethoven-Apotheke

„Thüringer Hof“ Deubener Str. 14

Hüte • Pelze • Herrenartikel Herm. Herberg

Otto Kempe Deubener Straße 13

Römer • Saalhäuser Straße 1 Lebensmittel

Gegen Fußbeschwerden „Nlon“ u. „Nloette“

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Müller

Bäcker- und Konditorei OTTO GUTMANN

Holz- u. Kohlenhandl. Max Philipp

Kolonialwaren und Kolonialwaren Heilmayer Straße 15

S. Henne, Tabakwaren

Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte bei Ed. Köder

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Karl Kaiser

Feine Fleisch- und Wurstwaren OSWIN TEICH

Zur Präsidentschaftswahl im Dresdner Stadtparlament

Roter Vorstoß gegen Dölligsch-Kaiser-Kurs

Die Kommunisten entlarven die demagogischen Manöver des Hindenburg-Blods. Werkätige, duldet keinerlei parlamentarische Schelbung. Nur der außerparlamentarische Kampf unter Führung der KPD bringt Arbeit, Brot und Freiheit

Heute tritt das Dresdner Stadtverordnetenkollegium zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahre zusammen. Seine erste Handlung ist die Neuwahl des Vorstandes, die nach der Gemeindegewahl alljährlich zu erfolgen hat. In den letzten Tagen ist in den Kreisen aller Koalitionen, wie sie im Dresdner Stadtparlament gegen die Werkätigen und deren Vertreter, die kommunistische Fraktion schon seit Jahren besteht, ein Hauszwist um die Bekämpfung des Vorstoßes ausgebrochen. Während noch am 7. dieses Monats der Amtskleber (Dresdner Anzeiger) berichtete, daß sich an der Bekämpfung des Vorstoßes kaum etwas ändern werde, haben sich die bürgerlichen Parteien eines anderen Beschlusses. Nach einer am Donnerstag stattgefundenen gemeinsamen Fraktionsberatung aller bürgerlichen Fraktionen unter Einfluß der Nazis, teilten am Freitag die Dresdner Nachrichten mit, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien, sich auf einen bürgerlichen Kandidaten geeinigt habe und als Vertreter den Rechtsanwalt Dr. Kaiser präsentierte.

Damit wird zum ersten Male in dieser Periode eine Wahl, bei der dem SPD-Kandidaten neben dem KPD-Vorschlag ein bürgerlicher Kandidat gegenübersteht, ausgetragen. Seit 1927 ist der erste Vorstoß durch die SPD mit Dölligsch erfolgt. Dieser hat sich in dieser Zeit rechtlich bemüht, die Wünsche seiner Mitbürger, die ihm zu dieser Position verhalfen, zu erfüllen.

Die bürgerlichen Parteien wußten ihm dafür Dank. Wurde Herrn Dölligsch im Anfang nach den Hugenbergleuten ein bürgerlicher Kandidat entgegengestellt, so verzichteten sie in den letzten Jahren völlig auf diese Geste. Herr Dölligsch wurde im vorigen Jahre unter stiller Zustimmung der Nazis, die nur weisse Stimmzettel abgaben, wiedergewählt.

Weshalb nun dieser Vorstoß? Ist Herr Dölligsch den bürgerlichen Parteien nicht mehr zuverlässig genug? Keinesfalls. Die bürgerlichen Parteien konnten keinen besseren und rücksichtsloseren Schwalmer ihrer Interessen in Dresden bekommen. Herr Dölligsch war es, der alljährlich von seiner Fraktion die Maulkorbparagraphen in der rücksichtslosesten Form gegen die Vertreter der KPD und Klassenbewußten Triebkräfte zu handhaben wußte. Er war es, der unter dem Befehlsgelände der gesamten Rechten, Kommunisten mit Polizeigewalt entfernen ließ, der kommunistische Vertreter auf Monate von den Sitzungen ausschloß, der die Rathauspolizei bewaffnete, der die Vorschläge zur Erweiterung der Maulkorbparagraphen machte und im Interesse seiner Auftraggeber, im Kampfe gegen die Vertreter der KPD einen Geschäftsordnungsbruch nach dem anderen verübte, sowie die Versammlung, d. h. die Zulassung Dresdner Einwohner zur Tribüne, einschränkte.

rechterhaltung der bürgerlichen Ruhe und Ordnung nicht gelten lassen, so hat das in diesem Jahre andere Gründe. Sie dürften in folgendem zu finden sein: Ende dieses Jahres finden Neuwahlen zum Stadtparlament statt. Für diese möchten sich die bürgerlichen zur Wahrung ihrer Agitationsfreiheit distanzieren. Sie haben Angst vor dem Abmarsch ihrer Anhänger zu den Nazis. Die SPD ist ihnen in der Scheinopposition wertvoller als so. Im Übrigen hoffen sie die SPD unter diesem Druck zu noch weit größeren Schwankigkeiten gegen die Arbeiter zwingen zu können. Kein Zweifel, diese ehemaligen „Linken“ — wie sie sich so gerne nennen ließen — werden alles schänden, so wie sie in der Vergangenheit alles geschändet haben, wenn sie dafür nur die Ehre genießen dürfen, die Befehle der Bourgeoisie von dieser Stelle aus durchführen zu dürfen. Dafür ist die Entwicklung der SPD im Dresdner Rathaus ein typisches Beispiel.

Die SPD betreibt sich an. Selbstverständlich sind die Knechte der Bourgeoisie ärgerlich, ob sowie Unabkbarkeit ihrer Herren. Die Dresdner Volksgesetzgebung versucht es bei ihnen nochmals mit Bitten, indem sie die guten Eigenschaften Dölligsch preist. Sie lächelt:

„In seiner ersten Sitzung am nächsten Montag wird das Stadtverordnetenkollegium das Präsidium neu wählen. Seit Bestehen des jetzigen Kollegiums stellt die sozialdemokratische Fraktion in der Person des Genossen Dölligsch den Vorsitz. Seine unparteiliche Geschäftsführung (nur gegen das Bürgergut v. Ned.) ist im Laufe der Zeit auch von bürgerlicher Seite wiederholt anerkannt worden, und es ist wesentlich mit sein Verdienst, die Verhandlungen im Stadtverordnetenkollegium in geordnete Bahnen gelenkt zu haben. ...“

So betiteln sie sich an unter Hinweis auf ihre Verdienste um die Erhaltung der bürgerlichen Ruhe und bei der reibungslosen Durchführung des Steuer- und Unterhaltungsapparates und des Abbaues der letzten Reste kultureller und sozialer Einrichtungen. Gleichzeitig bleibt sie aber ihrer Rolle treu in Kommunistenbeize.

Neue schamlose Kommunistentheke

Die Kommunisten sollen schuld sein, wenn die Bourgeoisie jetzt auf ihre ergebnen Rechte verzichtet. So heißt es:

„Daß sich die Kreise der Reaktion im Dresdner Stadtverordnetenkollegium aber überhaupt an die Durchführung eines solchen Gedankens heranwagen, ist das zweifelhafteste Verdienst der Kommunisten, die bei früheren Vorstößen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten aufgetreten sind und damit jederzeit den Rechtsparteien den Weg bereitet haben.“

Die KPD soll diesen Verbrechern am Proletariat zu Böten verhelfen, damit Herr Dölligsch im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems sich der Reaktion wiederum dienbar erweisen und seine Hausrechtstolle für die herrschende Klasse gegen die KPD durchzuführen kann.

Die Kommunistische Partei lehnt es ab, den Herrschern der Rechte der Arbeiter und der Freiheit des Volkes ihre Stimme zu geben. Sie lehnt als einzige Partei den Vorkämpfer der sozialistischen Richtungen ab. Die Kommunistische Partei wird eigenen Kandidaten vorschlagen, den Kandidaten der Werkätigen.

Die Kommunistische Partei zeigt den Werkätigen, daß sie von diesem Parlament nichts zu erwarten haben. Die Kommunistische Partei ruft die Werkätigen auf zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit! Dieser Kampf kann nur ein außerparlamentarischer sein und diesen Kampf führt allein die KPD.

Ein Mord vor der Aufklärung

Im Dezember 1929 wurde, wie seinerzeit berichtet, der Arbeiterführer Merck in seiner Wohnung in der Marktstraße ermordet. Alle Ermittlungen sind seit dieser Zeit erfolglos geblieben. Neuerdings hat die Polizei aber, wie sie der Presse mitteilt, wieder harte Verdachtsmomente gegen einen auf der Rosenstraße wohnhaften, jetzt wieder in Haft genommenen Junge gefunden. Das von diesem angegebene Alibi soll nicht stimmen. Er sei nach seinen eigenen Angaben mit blutbestrichenen Kleidern zu seiner Wirtin gekommen. Die Angaben gerade darüber, wie er dazu gekommen sei, seien völlig unglaubwürdig. Am Anschlag daran stellt die Polizei eine Reihe Fragen an das Publikum, wie die: Wer kennt Junge? Wer hat Junge und Merck zusammen gebracht? Man darf gespannt sein, ob es gelingt, dieses Verbrechen nun endlich aufzuklären.

Schwerer Verkehrsunfall am Carolaplatz

Auf dem Carolaplatz kam es am Sonnabendvormittag zu einem schweren Verkehrsunfall, bei dem ein Ehepaar aus Meißen schwer verletzt wurde. Dasselbe war aus Meißen mit dem Motorrad gekommen und fuhr von der Carolabrücke in Richtung Albertplatz. Am Carolaplatz kam von links aus der Unterstraße ein Personentransportwagen. Witten auf der Kreuzung ließen die beiden Fahrzeuge umhauen. Der Führer des Motorrads, Gerhard Jäger, und seine Frau, Elsa Oley, wurden auf die Straße geschleudert. Sie mußten mit schweren Kopfverletzungen und Gehirnerschütterungen nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Opfer der Arbeit

Am Sonnabendvormittag wurde ein 22 Jahre alter Viehverkäufer von einem herabfallenden Preßstößel im Schlachthof schwer verletzt.

Freiwilliger Gastob

In einer Wohnung auf der Wächterstraße in Dresden-Kaditz wurde am Sonnabendvormittag ein 18 Jahre alter Mädel gasvergiftet aufgefunden. Das austretende Gas hatte beinahe ein weiteres Opfer gefordert. Eine 24 Jahre alte Untermerktlerin wurde im benachbarten Zimmer betäubt aufgefunden.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 17 Jahre alte Schlosserlehrling, von dem wir am Sonnabend berichteten, daß er am 14. 1. mit abgefahrenen Beinen auf den Gleisen der Reichsbahn aufgefunden wurde.

Galerie Neue Kunst Nides. Die Galerie verlegt Mitte dieses Monats ihre Räume von der Strunzstraße nach Krager Straße 24 in den ersten Stock, wo sie ihr Programm von Ausstellungen neuer Kunst und von Vortragserveranstaltungen unter Leitung von Rudolf Probst auch weiterhin fortführen wird. Neueröffnung findet noch im Laufe des Januar statt.

Kollkommando des Reichsbanners im Rathaus

Unter Vorhug des Herrn Dölligsch dirigierte der Vorsteher der SPD-Fraktion, der Reichsbannerführer Raufe, Kollkommando des Reichsbanners auf die Stadtschöffen-Tribüne zum Ehrenfest gegen hungernde erwerbslose Triebkräfte. Dieser SPD-Vorsteher hat es jenseit gebracht, daß KPD-Stadtschöffen nicht nur unter polizeilicher Bewachung mit Dresdner Schöffen sprechen können.

Wie keine Maßnahmen konnte er mit ausdrücklicher Billigung der Nazis durchzuführen. Nazi-Kluge begrüßte in einer Rede die Vorschläge des SPD-Vorstehers zu den Verschlechterungen der Geschäftsordnung.

Die Verschlechterung der Geschäftsordnung, wenn sie behauptet, daß sich die Vorschläge zur Verschlechterung der Geschäftsordnung gegen rechts und links wendeten. Dem widerspricht schon die Tatsache, daß die Nazis dieselben unterstützten und in der ganzen Periode noch nicht ein einziger Nazi aus der Sitzung ausgeschlossen wurde.

Somit bestünde für die bürgerlichen Parteien durchaus keine Gefahr, anders zu handeln als früher. Sie konnten mit Herrn Dölligsch zufrieden sein. Wenn sie in diesem Jahre anders verfahren, und die Verdienste des Herrn Dölligsch um die Auf-

Massenbekenntnis der Dresdner Werkätigen

Für rote Kandidatur Thälmanns

Werkätige Versammlungen des Kampfbundes gegen den Faschismus: Arbeiter floßen zur roten Front

Die vom Kampfbund gegen den Faschismus Dresden einberufenen öffentlichen Versammlungen im Reglerheim und Wahren-Kino, waren ein glänzendes Bekenntnis zur roten Einheitsfront. Darin formierten sich die Arbeiterbataillone. Wir streben vorwärts, trotz alledem und alledem!

Sehr vor Beginn waren beide Kundgebungen übermüht. Die Versammlungen fanden sich. Einige Male machte zusammengerückt werden. Die Tribünen im Reglerheim waren dreifach voll. Mit Spannung und oft vom Beifallssturm unterbrochen, lauteten die Versammlungen den Ausführungen des Kameraden Knödel über die rote Einheitsfront gegen die faschistische Front, und des Kameraden Müller des ehemaligen Nationalsozialisten, welcher den Vorstoß Dölligsch an den nationalen und sozialen Interessen der Werkätigen mit erschütterndem Material aufzeichnete. Stürmische Begrüßung durch minutenlangen Beifallssturm löste Knödel aus, als Kamerad Knödel ausführte: „Dem Reichspräsidenten Hindenburg der Hindenburgfront Wels-Frühling-Hilfer, leihen wir rote Arbeiterkandidaten, den Führer der KPD, Genossen Thälmann entgegen.“ Im Ballaal Wahren kennzeichnete Kamerad Müller die ständige Annäherung der Faschisten in unseren Versammlungen. Darauf folgte sich der bekannte Krim-Kommunist Knödel voran zu sagen: „Das gehört nicht hier her.“

Es wurden 22 Annahmen für den Kampfbund gegen Faschismus getätigt. Darunter befindet sich ein langjähriger, alter KPD-Arbeiter. Weitere müssen diesem Beispiel folgen! Trotz mühsamer Vorbereitung haben in der Diskussion keine Gegenreden, obwohl dieselben schriftlich eingeladen waren. Die SPD-Vorleser, laßt euch nicht länger von Hitler und seinen Anhängern als Mittel gegen eure Klassenbrüder ausputzen und mißbrauchen! Reicht euch ein in „Kampfbund gegen Faschismus“, in die rote Klassenfront! Die eingebrachten Entschließungen wurden einstimmig angenommen.

In der einen wurde die Freilassung der politischen Gefangenen angefordert und in der anderen gegen Lohn- und Gehaltsraub protestiert.

Die „Eiserne Front“ am Arbeitsamt

Ein Arbeitsloser berichtet: Ich komme am Freitag in den Hof des Arbeitsamtes, große Diskussion! Die „Eiserne Front“ versucht, ihre Parolen an den Mann zu bringen. Die umstehenden Erwerbslosen haben die Halle dieser „Eisernen Front“ erkannt und machen ihren Herzen Mut. Den Diskussionen folgen der SPD wird zugerufen: „Ihr seid eine „Eiserne Front“ werdet genau so wenig den Faschismus bekämpfen wie die Schule. Ihr habt nur den Namen gewählt. Nun, wir verstehen, „Eiserne Front“ in Hemdsärmeln, nichts mehr als neuer Wein in alten Schläuchen.“

Das Erbe Hegels

Die Disputation Prof. Beumlers contra Genossen Dr. Wittfogel In dem im Studentenhaus, dessen Saal kaum die große Menge der Zuhörer löste, auf Veranstaltung der Gruppe sozialistischer Studenten stattgefundenen Disput zwischen Prof. Beumler und Genossen Dr. Wittfogel sollten zwei Weltanschauungen gegenübergestellt werden, die sich beide auf Hegels Philosophie stützen.

besüglichen Ausführungen ist dabei folgendes hervorzuheben. Er nannte neben Aristoteles (Historiker, der die Idee der Nationalität als treibende Kraft in der Geschichte ansieht), Marx und Lenin in wahrer Eichen der dialektischen Methode Engels und würdige deren Leistungen in Bezug auf Aufbau und konkretere Anwendung der Dialektik in ihrer Weltanschauung. Gleichzeitig verbot er nachzuweisen, daß der Marxismus trotz seiner inneren Konsequenz nicht die wahre Weltanschauung sei, weil sie von einer unrichtigen Voraussetzung ausgeht, und zwar von der Analyse der Ware, die nur als eine Funktion der Arbeit ausgeht.

Der aus der marxistischen Dialektik sich ergebenden Vorstellung über die Bedeutung der Klassenkämpfe stellte Professor Beumler gegenüber die Nationaltheorie. Im übrigen wäre noch hervorzuheben, daß selbst Professor Beumler der Verfassung und Entstehung der Hegelschen Dialektik durch die Sozialdemokraten (Sozialdemokraten) entgegentrat.

Da das Grundproblem der Disputation, die dialektische Methode, von Professor Beumler behauptet wurde, konnte der Genosse Wittfogel gleich eingehen auf die Frage: „Wer ist der miz-

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“

Darüber spricht am Dienstag dem 19. Januar 1932, 19.30 Uhr, im Volkshaus Pirna, der Polizeioberleutnant a. D. Glaschke, Berlin. Unkostenbeitrag 15 Pfennig. Rote Hilfe Pirna.

liche Erde Hegels, der revolutionäre Marxismus oder der Faschismus (der ja auf dem letzten Hegellongrek in Berlin Hegel für sich annahmerte)? In Hand von Tatsachenmaterial gab Genosse Wittfogel ein klares Bild über die Entstehung der Hegelschen Staatsauffassung, auf die sich die Theoretiker des Faschismus stützen. Die Ideologen des Faschismus geben der Hegelschen Dialektik einen ausgeprochen subjektiven Anstrich; auf diese Weise abstrahiert man sie aus der Realität des Lebens heraus und läßt sie nur in der Gedankenwelt der Bourgeoisie fortleben. Auf diese Weise ist es vielen Ideologen der Bourgeoisie möglich, auf die ihnen sehr unheimliche Dialektik des Lebens (sozialökonomische Fragen) nicht einzugehen. Die Marxisten haben daher den marxistischen Kern („Einheit der Gegensätze“ usw. Lenin) übernommen, aber zugleich die dialektische Methode auf die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse sowie auf die gesamte Natur angewandt. Genosse Wittfogel zeigte weiter die dialektische Entwicklung im Schaffen Hegels selbst und den Zusammenhang zwischen seinem Leben und seiner Arbeit.

Aus der folgenden Diskussion muß man, um die ganze Einstellung Professor Beumlers zum Marxismus zu verstehen, hervorheben, daß er die Ausführungen des Genossen Wittfogel als unmarxistisch und evolutionsistisch bezeichnete, gleichzeitig aber die Wichtigkeit der wesentlichen Punkte des Vortrages anerkennt. Das auffallendste Moment der weiteren Diskussion war das ungeheure Ersauern Professor Beumlers über die Lösung des Nationalproblems in der marxistisch-leninistischen Theorie. Der Abbruch der Diskussion brachte außerdem die Klärung über die Rolle des Naturmomentes im Marx'schen Warenbegriff.

Durch diesen Abend ist wohl zum erstenmal der großen Masse der Studentenschaft deutlich zum Bewußtsein gekommen, daß der Marxismus-Leninismus eine wissenschaftlich fundierte Weltanschauung ist, — dem engeren Kreis der Fachleute, daß er eine einseitige ökonomische Theorie ist. Gleichzeitig wurde an diesem Abend eine klare Antwort auf die Frage gegeben, wer eigentlich Hegels Erbe ist.

Rundfunksender Dresden. Wegen Vornahme der regelmäßigen Sicherheitsprüfung am Leiter des Dresdner Rundsenders kann der Sendebetrieb am 19. Januar 1932 voraussichtlich erst gegen 10 Uhr aufgenommen werden.

ROTTERSPORT

1885 rehabilitiert - Meister der Gruppe B

Am Sonntag, dem 7. Februar, 14.30 Uhr auf dem Süd-Helios-Platz Endspiel um die Bezirksmeisterschaft im Fußball DSB 10-1885

Bei gutem Wetter entwickelten sich auf fast allen Plätzen recht abwechslungsreiche Kämpfe, bei denen einige Überraschungen nicht ausblieben. Pirna I mußte im Freispielspiel an Cönnmannsdorf zwei Punkte abgeben, während 1885 sich durch überlegenen Sieg die Spitze der B-Abteilung sicherte. Im Nachhinein geben wir den Berichterstattern das Wort:

Spieler, 02 1-1885 1 1:0 (0:3)

Von Anfang weg zeigten beide Mannschaften ein flottes Spiel, wobei sich die Überlegenheit der Gäste bewies. Nach einem Elfmeter, den der Platzhelfer nicht verwandeln konnte, gingen die Gäste bald in Führung. Nach der Pause sind die Weißblauen weiterhin zügiger und intensiver. Durch dieses Spiel wurde 1885 Abteilungsmeister. Erfolgsglück gut.

DSB 1-Forstschritt 1 4:0 (1:0)

Vor zahlreichen Zuschauern zeigten beide Gegner ein für die rote Sportbewegung werbendes Spiel. Mit gleichem Eifer wurde beiderseits gekämpft. Die Rothosen gehen bis zur Halbzeit in Führung. Nach der Pause zeigt der Platzhelfer sein technisches Können und stellt obiges Resultat her. Der hinter der Gelbblauen beachtete seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage. Schiri war einwandfrei.

Heidenau 1-Pirna II 1 3:0 (3:0)

Ein flottes Spiel, bei welchem die Blauen die zur Pause zwei Tore vorlegen. Obwohl sich die Rothosen in der zweiten Halbzeit beherzt zusammenziehen, langt es nicht zum Ehrentor, da die Hintermannschaft des Platzhelfers auf dem Posten hielt. Schiri leitete gerecht.

Johanniskirch 1-Deuben 1 2:1 (1:1)

Ein technisch erstklassiges Spiel bekamen die zahlreichen Zuschauer zu sehen. Bis zur Pause erreichten die gleichwertigen Gegner ein Remis. Nach der Halbzeit ein flottes Kampf. Der starke der Blauen ist die Spannung und bleibt Sieger. Ein für die rote Sportbewegung werbendes Spiel, das vom Schiri einwandfrei geleitet wurde.

Johanniskirch 2-Friedrichstadt 1 2:1 (1:0)

Nach kurzer Zeit gehen die Blauen in Führung. Die Gäste, welche sich zu Beginn spielen, konnten trotz Eifer nicht ausgleichen. Nach der Pause holen die Grünweißen den Vorsprung ein, müssen aber trotzdem dem Platzhelfer den Sieg überlassen.

Süd-Helios 2-Kottwerner 1 4:3

Vom Anfang an ein flottes Kampf, bei welchem die Weißen bald in Führung gehen. Doch bald gleichen die Gäste aus. Bis zum Schluss zeigen die Helioser noch drei Tore vor, denen die Kottwerner nur zwei entgegenstellen können. Schiri bis auf einige Gesichtsausdrücke gut.

Brand-Erbisdorf 1-Dippoldiswalde 1 11:1 (5:0)

Bei überaus Mittelfeldspiel leitete der Wagners anfangs ernsthaften Widerstand. Brand übernimmt in der 13. Minute die Führung und zeigt bis als der technisch Bester. Hier weichen die Gäste und die auswärts bis zur Pause. In der zweiten Hälfte ist der Gast durch Verletzung eines Mannes geschwächt und kann den jugendlichen Sturm des Platzhelfers nicht mehr abwehren. In diesem Abwärts fallen die Tore. Ein Turbulenz der Gäste dringt ihnen den Ehrentreffer. Erfolgsglück konnte betrieblen.

Dresden-West 1-Cotta-Koblenz 1 6:1 (1:1)

Die junge Elf der Weißen erzielte einen verdienten Sieg gegen ihren Veronachbar. Obwohl die Gäste in Führung gehen, gewinnen die Blauen durch reiferes Spielweise die Oberhand. Nach der Pause erzielte der Gastgeber noch zwei weitere Treffer.

SB 12 1-Rähnig 1 3:3 (2:3)

Auf der neuen Platzanlage des Gastgeberes lieferten sich beide Mannschaften ein hartes und anstrengendes Spiel, bei dem die Gelbblauen mit zwei Treffern in Führung liegen. Der Eifer der Grünweißen erzwingt den Ausgleich und die Führung. Nach der Halbzeit sind die Bewegungsspieler tonangebend, können aber nur das Unentschieden erzwingen.

Kreiloha 1-Süd-Helios 1 7:2 (4:2)

Kreiloha konnte sich glänzend rekonstruieren. In kurzer Zeit gelangt ihnen die Führung, denn die Gäste den Ausgleich ersparungen können. In Blauen werden besser und erzielen weitere drei Erfolge. Nach der Pause ist der Platzhelfer überlegen. Das Spiel zeigte einen merkwürdigen Charakter. Erfolgsglück vom Kreiloha hatte das Spiel fest in der Hand.

Kreiloha 2-Braunsdorf 1 7:3 (5:1)

Anfangs sind beide Mannschaften gleichwertig. Obwohl die Gäste in Führung gehen, zeigt sich der Gastgeber von der besten Seite und stellt fünf Tore entgegen. Nach der Pause ausgeglichenes Spiel. Erfolgsglück gut.

Kadebut 1-Coffeubaude 1 1:3 (1:1)

Mit Spielbeginn zeigt der Gast, daß er zu spielen versteht. In der 20. Minute erzwingen die Blauen den ersten Treffer, worauf der Gastgeber jedoch ausgleichen kann. Nach der Pause ein flottes Kampf um den Sieg, bei dem die Gäste die Glücklichen sind. Gute Chancen läßt der Platzhelfer durch Unentschieden ungenutzt. Der Gastgeber war der beste Mann auf dem Felde. Schiri gut.

Ottendorf 1-Pirna I 2 5:4 (3:1)

Ottendorf zeigte sich hier von der besten Seite und konnte gegen die Pirnaer Reiter einen verdienten Sieg erzwingen. Abwehrend erfolgt Führung und Ausgleich. Trotz Überlegenheit des Gastes müssen sie den Sieg den Zweitplatzierten überlassen. Schiri gut.

Pirna I 1-Cönnmannsdorf 1 1:3 (1:2) (Freispielspiel)

Mit Aufschlag geht Cönnmannsdorf mächtig ins Zeug und bringt den Gastgeber aus dem Konzept. Nach längerem Mittelfeldspiel geht Pirna in Führung, doch der Ausgleich läßt nicht lange auf sich warten. Ein Elfmeter, der verwandelt wird, bringt den Gästen die Führung, denn sie nach der Halbzeit einen weiteren Treffer anreihen konnten.

Pirna I 3-Struppen 1 3:1

Die Gäste müssen sich mit obigem Resultat geschlagen geben. Schiri gut.

Untere Mannschaften: Süd-Helios 3-Kottwerner 2 7:1; Heidenau 3-Kreiloha 3 5:0; Dresden-West 2-SB 12 2 6:1; DSB 4-Kadebut 1 3:0; DSB 3-Johanniskirch 3 4:2; Brand-Erbisdorf 2-Dippoldiswalde 2 5:1; Brand-Erbisdorf 4-Dippoldiswalde 3 8:3; SB 12 2-Heidenau 3 5:1; Dohna 3-Forstschritt 3 0:2; 02 2-Pirna II 2 1:0; 02 3-Kottweil 3 2:1; Kadebut 2-Cönnmannsdorf 2 1:1; Kadebut 3-Coffeubaude 3 3:1; Ottendorf 2-Weißdorf 2 0:3; 1885 2-Kottweil 8:4.

Jugend: Süd-Helios-Deuben 5:0; DSB 1-02 1 3:0; Kadebut 1-Heidenau 1 2:0; Kadebut 2-Heidenau 2 0:1; Pirna 1 gegen Cönnmannsdorf 1 4:0.

Obere Mannschaften: Dresden-West-DSB 2 0:0; Süd-Helios-Heidenau 3:2; Johanniskirch-VR 0 1:5; DSB 1-1885 1 4:4; Dohna-Forstschritt 2 5:2; 1885-DSB 4:4.

Schüler: Dresden-West-Johanniskirch 4:1; DSB 1-Kottwerner 1 1:0; SB 12 1-Deuben 3:1; SB 12 2-Janderode 2:3; Kadebut-Heidenau 1:0.

Handball Sportler

Schwimmer 1-SB 12 1 5:2 (6:2)
Die Schwimmer haben Anwurf und setzen sofort ein flottes Spiel durch. Schon in der 6. Minute können sie den ersten Treffer einbringen. Doch der Gast läßt nicht locker und es erfolgt der Ausgleich, dann ist es aber um die Cönnmannsdorfer Elf geschieden, denn es erfolgt von Seiten des Gastgebers Durchbruch auf Durchbruch, dem der Gast nur noch einen Treffer entgegenstellen kann. Schiri gut.

Schützen 1-Cotta-Koblenz 1. Gast und Schiri nicht angetreten.
Schützen 2-Coffeubaude 1. Gast und Schiri nicht angetreten.

Schützen 3-Schützen 2 9:3 (6:2)
Beide Mannschaften der Arbeiterischen Johanniskirch waren ohne Gegner. Da ihr Plan am Schluß liegt, dem beliebigen Spaziergang der Dresdener Lichter, nahmen sie sich vor, den vorzubereitenden Arbeiter leiste Bürger ein besonders schönes Spiel, das zugleich werden sollte zu zeigen, daß die Höhe des roten Sportes nicht zu leugnen ist. In schnellstem, abwechslungsreichem und kombinationsreichem Spiel wurde obiges Resultat erzielt. Der Gast, der als Schiri amtierte, leitete zur Zufriedenheit.

DSB 1-Schwimmer 2 7:1 (3:0)
Ein Spiel, bei dem sich das bessere Können durchschlug. Die

Schwimmer versuchten aber bis zum letzten Moment, einen etwas vollen Abschluß zu erzielen. Schiri gut.

DSB 2-Deuben 2 2:0
Zwei Mannschaften, die sich technisch gleich waren. DSB hatte aber heute keinen guten Tag und konnte zwei Tore erzielen. Der Gast läßt sich nicht entmutigen und erzielt durch Schiri gut.

Dohna 1-Pirna 1 1:1 (0:0)
Die Gäste, mit Erfolg, ließen bis zur Halbzeit die Dohnaner, als die technisch Besteren, fordern bis zur Halbzeit jedoch ein. Der Gast läßt sich nicht entmutigen und erzielt durch Schiri gut.

Sportlerinnen
Forstschritt 1-Deuben 1 2:0 (1:0)
Gleich nach Anpfiff können die Platzhelfer in Führung gehen und durch gutes Zusammenwirken in 16. Minute den ersten Treffer erzielen. Die Wädel aus Freital bekamen nicht gewohnter Form und mußten sich sehr auf Verteidigung im Heiligtums beschränken. Nach Wiederanpfiff hatte der Gastgeber das Spiel wieder in der Hand und konnte mit obigem Resultat den Sieg sich sichern. Schiri gut.

DSB 2-Forstschritt 2 0:0
Dohna 1-DSB 1 2:3 (0:2)
Von Anwurf an legt sofort ein flottes Kampf ein. Dohna die Weissen im Eifer hart waren, konnten sie es nicht verhindern, daß der Gast den Sieg mit nach Hause nahm. Den Wädeln zu empfehlen, nicht so hart zu spielen. Schiri zufriedenstellend.

Kreiloha 1-1885 1 0:2 (0:1)
Trotz der Überlegenheit der Gäste konnten sie kein Tor zum Resultat erzielen. Der Gastgeber zeigte gute Angriffe, aber erfolglos verließen. Schiri nicht angetreten, Erlaubnis wurde einwandfrei.

Süd-Helios 1-Rähnig 1. Der Gast trat nicht an.
Pirna 1-Coffeubaude 1 0:3
Die Weißblauen konnten aus diesem Kampfe als Sieger hervorgehen. Schiri gut.

Was geht im SB Die Naturfreunde, Dresden, vor?

Der auf verlogenen Argumenten aufgebaute Ausschluß des oppositionellen Genossen Kurt Schläger aus dem SB Die Naturfreunde hatte in der Mitgliederversammlung der Dresdener Ortsgruppe große Empörung hervorgerufen. Als jedoch, als Antwort der Verwaltung, noch weitere vier Genossen und Genossinnen ausgeschlossen wurden, kam es zu einem offenen Kampf der Mehrheit der Ortsgruppe gegen die SB-Verwaltungsleitung. In der letzten Mitgliederversammlung am 7. 1. lagen zwei oppositionelle Anträge vor, einer gegen die Ausschüsse der fünf Genossen, der zweite gegen die Qualifikationskommission des oppositionellen Verwaltungsausschusses, des Genossen Vandenrat. Die Verwaltung versuchte, durch Taktikmanöver über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen, indem sie auf die am 7. 1. tagende Jahreshauptversammlung hinwies. Dieser feige Plan mißlang jedoch. Die Mitgliederversammlung verlangte nämlich die Stellungnahme und Abklärung mit diesen Anträgen. Der Wille der Mitgliederversammlung ist hiermit mit allen Kassierten arbeitenden Ortsgruppenleitung jedoch nicht machbar. Die Abklärung würde hinfällig, weil angeblich die Kassiertenverteilung nicht habe, und dies, obwohl die nachgehende Mitgliederversammlung einen solchen Beschluß der Kassiertenkontrolle gefaßt hatte. Da die über mehrere, daß die Mehrheit der Mitgliederversammlung gegen die Maßnahmen der Verwaltungslinie war, so verhandelt die gleichzeitige Wahl des Wahlausschusses zur Jahreshauptversammlung. Mit diesen Methoden der Unterdrückung des Willens der Mehrheit der Mitgliederversammlung verliert die Verwaltung, eine für sich günstige Mehrheit in der nächsten Hauptversammlung, die ebenfalls die Wahl des Wahlausschusses vorsehen muß, zusammenschließen. Dieses Verhalten muß jedoch ein maßvolles Auge der Mitgliederversammlung fordern. Lange

genug konnte diese Zeitung ihre nützliche SB-Politik in Verbindung mit der Naturfreundebewegung, der vollkommenen Anfechtung an den bürokratisch-kapitalistischen Staat, der Unterordnung unter die Koalitions- und Toleranzpolitik der SB durchzuführen. Seit Jahren kämpfen die oppositionellen Genossen einen schweren Kampf dagegen, ungeachtet der Verurteilungen gegen unsere beiden Genossen. Jetzt erkennt auch die Mitgliederversammlung die Augen an der Spitze, den Betrug der SB-Führung an der Naturfreundebewegung. Es gilt aber, nicht zu machen, keine Abkündigung des Kampfes zu dulden. Wir betonen die „oppositionell“ gebärdete Mitgliederversammlung der SB-Führung, die Mitgliederversammlung der Jahresversammlung im März zu vertreiben, mitzumachen. „Was geht die Aufregung? Wartet doch auf die Jahresversammlung!“ In laugen auch diese „oppositionellen“ Genossen, Wandergenossinnen und -genossen, Jugendgenossen, auch in einem Kampf um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, gegen die Verbürgerlichung und Unterordnung der Kassierten unter die Politik der SB nicht abhalten! Jetzt gilt es — Der Kampf geht weiter! Die Jahreshauptversammlung eine entgeltliche Abrechnung mit diesen „Hühnern“ der SB bringen. Die oppositionellen Genossen müssen entgegen der Verleumdung der Leitung wieder durch den Willen der Mitgliederversammlung aufzunehmen werden! In dieser Einheitsfront aller Naturfreunde auf der Grundlage der Geltung der Kassierten zur revolutionären Kulturkampforganisation aller beidermännlicher rufen wir euch auf! Jeder an seine Stelle! Wähle nur oppositionelle Genossen, die die revolutionäre Einheitsfront aller Arbeitermänner wollen, in den Wahlkampf und zur Jahreshauptversammlung in die Ortsgruppenleitung!

ARBEITER-SCHACH

Partie Nr. 37
Gespielt im Einzelmeisterturnier Oktober 1931
Damengambit

Weiß: K. Weibler (02) Schwarz: A. Riemer (Coffeubaude)
1. d2-d4, d7-d5; 2. e2-e4, e7-e6; 3. Sb1-c3, Sg8-f6;
4. Sg1-f3, Sg8-d7; 5. Le1-f4, üblicher ist hier Lg5; 5. —
c7-c6? Zu defensiv gespielt, energischer war e5 oder auch Le6.
Nur so konnte sich Schwarz befreien. 6. e2-e3, Lf8-e7; 7.
Lf1-d3, h7-h6? Ein unnötiger Sicherungszug. Auf den vorher-
gegangenen Lauferzug von Weiß ist dxc am besten,
weil der weiße L dann nochmals ziehen muß. Der Text-
zug ist nur Tempoverlust. 8. 0-0, 0-0; 9. Ta1-cl, a7-a6?
Dies soll anscheinend einen Angriff auf den Damenflügel vorbereiten, obwohl es dort nichts anzugreifen gibt. Weiß tritt dem sofort entgegen, die Turmlinie öffnend.



[Stellung nach dem 9. Zuge von Schwarz].

10. e4-e5, h7-h5; 11. e5xh6 en passant, Dd8xh6, 12. Sc3-a4, Dd8-h7; 13. Dd1-e2, Sg6-h5; Lb7 war notwendig. 14. De2xc6, Dd6xc6; 15. Te7xc6, Sh3-lf4; 16. e3x4, Lc7-b7; Schwarz mußte versuchen, mit Ta7 Luft zu bekommen. Der An-

griff auf d4 ist hoffnungslos. 17. Sd3-e5, Td8-d8; 18. Td6-l6-e7; 19. Th1-cl, f7-f6; 20. Se5-c6, der Todschieß. 21. Td8-c8; 21. Sc6x7, Te8-e7; 22. Te7xc8, Ta8xc8; 23. Ta1-c8+; Kd8-l7; 24. Ld3xaf, Schwarz gibt auf.

Nachdem Schwarz mit seinem 5. Zuge die Gelegenheit zu betreten, versäumt hatte, ging es rasch bergab. Der Spielverlauf ist ein Musterbeispiel, wie schnell man verlieren kann, wenn man zu lange in der Defensiv verbleibt. Weiß nutzt die ihm gebotenen Gelegenheiten sicher und energisch aus.

- Lösungen**
Aufgabe 169. — K. Erlin
1. Dd3-l1 (Zugzwang).
 1. —, Td7x4; 2. Dd1-h3 matt.
 1. —, Kd6x4; 2. Dd1-e4 matt.
 1. —, Td7-d8; 2. Se8-e7 matt.
 1. —, Td7 beliebig; 2. Td5-d6 matt.
 1. —, e4-e5; 2. Dd1-f5 matt.

Ein selten schönes Stück. Die vier Hauptvarianten zeigen völlig reine Matthesen, von denen jedes wieder anders ist. Köstliche Lösungen gingen ein von Jacob Hermann, Zschauer, Win Fischer, Possendorf, Otto Brewer, Dohna; Otto Klau, Radeburg.

Schachnachrichten I
Bezirk Dresden. Der Ausschreibungskampf um den Bezirksmeisterschaftstitel wurde infolge Schwärzstellung von zwei weiteren Johanniskirch und 1885 ausgetragen. Das Resultat 6:2, 1885 ist demnach Bezirksmeister und wird den Titel des Landesmeisters übernehmen und wird den Titel des Landesmeisters übernehmen. Der zweite Mannschaften beider Vereine tragen ein Spiel, das von Johanniskirch mit 4:2 gewonnen wurde. Die Ergebnisse folgen.
Dresden, Einzelmeisterturnier. 1. Lange 9½ (1½); 2. Schläger 8 (2); 3. Appel 7½ (1½); 4. Krähnert 7½ (1½); 5. Schläger 7½ (1½); 6. Weibler 7 (1); 7. Schmalz 6 (0); 8. Appel 6 (0); 9. Schmalz 5½ (1½); 10. Sanna 5½ (1½); 11. Appel 5 (0); 12. Sanna 4½ (1½); 13. Johanniskirch 4 (0); 14. Appel 4 (0); 15. Appel 3½ (1½); 16. Appel 3 (0).

Zur Erlangung schöner weißer Zähne und zur Vermeidung schädlicher Zahnbeläge benutzt man zweckmäßig die belagelosen Chlorodont-Zahnpasta. Unter-Vertriebsstelle. Versuch überzeugt.

Vorbildliche Arbeit in den Gewerkschaften

Das Beispiel des Radeburger ADBS-Ausschusses muß überall Nachahmung finden

Der Antrag eines Genossen hatte der Ortsausschuss Radeburg des ADBS einstimmig den Beschluß gefaßt, in einer Mitbestimmungsversammlung aller freien Gewerkschaften in einer Vertreterversammlung der ADBS über die Notverordnung und die Stellung der Gewerkschaften sprechen zu lassen.

In der am 8. Januar stattgefundenen Versammlung, die sehr gut besucht war, wollte man entgegen dem gefaßten Beschluß den Genossen Jätel von der ADBS nur 15 Minuten sprechen lassen. Auf den förmlichen Protest der Mitglieder hin, mußte man sich dazu bequemen, ihm dieselbe Redezeit wie den ADBS-Vertreter Weiß aus Dresden zu bewilligen.

Während die Ausführungen des Reformisten Weiß von der Versammlung mit eisigen Schweigen hingenommen wurden, fand die Wort des Genossen Jätel förmlichen Beifall.

Im Gegensatz zu den Erklärungen des Reformisten, daß dem Lohnabbau nur durch Preislenkung begegnet werden könne, zeigte Genosse Jätel an Hand konkreter Beispiele auf, daß die ADBS-Führer nicht nur nicht kämpfen wollen, sondern daß sie der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen. In jeder Kapitalverwertung hat die Gewerkschaftsbürokratie zu dem Lohnabbau, der die Lebenslage der Arbeiterschaft auf das Niveau des menschlichen Kulis drückt, in vorbestimmter Linie gestanden. Es gibt keine Stunde, in der nicht die Reformisten dem Lohnabbau ihre Zustimmung gegeben haben. Die Gewerkschaftsbürokratie hat die Schrittmacher der Unternehmung im Lohn- und Gehaltsabbau, sie sind es, die dem Kapitalismus beschließend sind, was für den Proletariat immer enger zu schnallen.

Die SPD und der ADBS sind die sozialen Hauptstützen der kapitalistischen Preispolitik, darüber hinaus selbst das hysterische Geschrei ihrer Presse nicht hinwegzudenken.

In Radeburg zeigte sich, wie die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front geführt werden muß. Obwohl die ADBS-Organisationsstruktur schwach ist, und einige Genossen bisher immer zurückgewichen sind vor den reformistischen Gewerkschaftsangehörigen, wurde auf den ersten Vorstoß hin ein voller Erfolg erzielt. Trotzdem die Genossen im Radeburger Ortsausschuss aus, nach ihrem eigenen Ausspruch hoffnungslos hinterblieben, war es möglich, daß der Beschluß, einen ADBS-Vertreter zu wählen, einstimmig gefaßt wurde. Es war dadurch dem ADBS-Vertreter die Gelegenheit gegeben, an die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heranzukommen und in Gegenwart des reformistischen ADBS-Vertreters die verächtliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie einerseits und die von der ADBS vertretene Klassenlinie, den Kampf gegen die Preislenkungs- und die SPD- und ADBS-Führung als die soziale Hauptstütze der Notverordnungspolitik der Bourgeoisie, für Arbeit und Brot aufzuzeigen.

Genossen und ADBS-Genossen! Wie oft kann man nicht von euch hören: „In unserem Betrieb ist es vollkommen unmöglich, das alles reformistisch zu machen“ oder „Wir haben keine Möglichkeit, in der Gewerkschaftsversammlung zu sprechen, es stehen uns zu viele Gegner gegenüber“.

In fast allen Fällen sind das leere Phrasen, um das Zurückweichen vor der Gewerkschaftsbürokratie zu entschuldigen und die notwendige Unentschiedenheit zu verdecken. Das Radeburger Beispiel zeigt, daß es überall möglich ist, revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu leisten!

Darum herant an die Arbeit! In jeder Gewerkschaft überall revolutionäre Kräfte, in jedem Betrieb eine ADBS-Gruppe, in jeder Versammlung parteilose, sozialdemokratische und auch Sozialisten geladene werden sollen, muß unser nächstes Ziel in der bevorstehenden Ortsversammlungen werden und die Möglichkeit weiter vorzuschreiten. In allen Ortsversammlungen und

Zahlstellen müssen rote Einheitslisten aufgestellt und rote Kandidaten vorgeschlagen werden. Die breite Mitgliedschaft muß mobilisiert werden, der Kampfbereitschaft ein Ende zu bereiten. Jeder Betriebs- und Gewerkschaftsversammlung sofort an die Arbeiterschaft zu berichten, muß zur Selbstverständlichkeit für unsere Genossen werden.

Nur wenn wir so handeln, nur wenn wir jede Möglichkeit der Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft ausnützen, werden wir als Kommunisten und ADBS-Genossen den von der Partei und ADBS gestellten Aufgaben gerecht werden, den Klassenkampf der SPD und des ADBS zu liquidieren und die Massen zu neuen siegreichen Kämpfen zu führen.

ADB-Vorstoß im Baugewerksbund

Die Zahlstelle Groß-Zimmern (Bezirk Hesse-Kassel) des Baugewerksbundes wählte einstimmig eine oppositionelle Leitung, wobei besonders bemerkenswert ist, daß der größte Teil der Mitgliedschaft, 112 Mitglieder, anwesend war. Bereits wenige Tage vorher hatte die hessische Zahlstelle Walldorf des BGD den dreißig Jahre lang fungierenden reformistischen Vorstehenden durch einen Kollegen der ADBS ersetzt. Diese Erfolge zeigen erneut die Wichtigkeit, an der innergewerkschaftlichen Front größte Aktivität zu entfalten.

Kampfbroschüre im Eltwerk Chemnitz

Die Belegschaft des Eltwerkes in Chemnitz hat ein Kampfbroschüre beschlossen. Dieses Kampfbroschüre der Eltwerkarbeiter gelangte in einer Belegschaftsversammlung, die am Mittwochabend stattfand und die von einem beträchtlichen Teil der Belegschaft besucht war, einstimmig zur Annahme. Die Durchführung dieser Belegschaftsversammlung stellt schon an sich einen Erfolg dar, der immer weiter fortschreitenden roten Einheitsfront im Betrieb dar, weil nämlich der SPD-Betriebsrat im halben Einverständnis mit der Betriebsleitung mit verächtlicher Entlassungsbekämpfung vor dem Sechzig dieser Versammlung „gemeldet“ hat.

KPD- und ADB-Metallarbeiter!

Montag den 18. Januar 20 Uhr in der Bayrischen Krone, Naumarkt, Generalversammlung, Referent: Paul Gruner. Alle Kollegen müssen restlos erscheinen! Industriegruppenleitung Metall.

Ungeheure Empörung bei Reichsbahnarbeitern

Eisenbahner, wie lange noch wollt ihr euch beirraen lassen? . Verhärtete ADB-Hehe des EdE-Bonzen Hilbrecht

Am 13. Januar 1932 fand eine Betriebsversammlung der Reichsbahnarbeiter in Dresden-Friedrichstadt gegen die Krankentageversicherung statt. Der reformistische Ausschussleiter Fenzleng berichtete über die Verschlechterungen der Krankentageversicherung durch die Notverordnung. Mit einer Demagogie wollte er gleich am Anfang der Versammlung die Arbeiter einleiten, indem er sagte: „Wir nehmen an, daß das der letzte Lohnabbau war.“ (Lunche in der Versammlung.) Früher habe ich gewarnt, die Kasse nicht auszugeben, jetzt brauche ich es nicht, der Krankentag ist bis auf 2,5 Prozent im Dezember

Kampfrüstung in Böhlen

Belegschaft des Kraftwerks für Kampfprogramm

Am Donnerstag, dem 14. Januar, fand eine vom vorbereiteten Kampfausschuss einberufene Belegschaftsversammlung des Kraftwerks Böhlen mit 300-400 Betriebsarbeiter, unter denen sich eine Anzahl Erwerbslose befand, um ihre Solidarität zu bekunden, füllten den Saal.

Der rote Betriebsrat, Genosse Käfig, sprach über das Thema: „Kampf dem Lohnabbau.“ In der Diskussion sprachen mehrere Nazi-Betriebsarbeiter und Erwerbslose. Während der erwerbslose Nazi-Prolet sich offen mit dem Kampf der Arbeiter solidarisch erklärte, brachten andere Nazis offen zum Ausdruck, daß Streik ein Verbrechen sei, solidarisierten sich also mit dem Kapitalvertreter Hitler. Sie bekamen von anderen Diskussionsrednern und vom Referenten die treffende Antwort. Die sozialdemokratischen Betriebsräte waren leise geflüstert.

Ein Arbeiter zeigte auf, wie der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Lorenz alles tat, um die Arbeiter von Kampfmaßnahmen abzuhalten, denn die Direktion warte nur auf einen Anlaß, um Arbeiter entlassen zu können.

Mit diesem Bluff glaubt Lorenz die Arbeiter zurückhalten zu können. Aber die Belegschaft weiß, daß auch ohne Anlaß, fast in jedem Jahre, seit 1924 Leute auf die Straße geworfen werden.

Die Erwerbslosen brachten in einer Solidaritätserklärung zum Ausdruck, daß sie bereit sind, den Kampf der Betriebsarbeiter zu unterstützen.

Das vom Kampfausschuss aufgestellte Kampfprogramm wurde gegen eine Stimme, bei sechs Stimmenthaltungen angenommen.

Kampfprogramm:

1. Keinen Pfennig Lohnabbau. Wiederherstellung der bis zum April 1931 gezahlten Tariflöhne. Kein Abzug der Bürgersteuer.
2. Kein Abzug der Prämien und Leistungszulagen, sondern diese müssen den Tariflöhnen zugeschlagen werden.
3. Beseitigung der Feierlichkeiten oder Bezahlung derselben durch Mittel, die aus der Streichung der Dividenden und der hohen Direktorengehälter und der Aufsichtsratsentnahmen frei werden.
4. Für den 7-Stunden-Tag über Tage und 6 Stunden unter Tage bei vollem Lohnausgleich und Anstellung von Erwerbslosen zu den unter 1 und 2 genannten Löhnen.
5. Gegen politische Anhebelung und Tolerierungspolitik der Gewerkschaften.
6. Für Austritt der Notverordnungsbetriebsräte und Neuwahlen 1932.
7. Erweiterung der Mannhahnräume, Schaffung besserer Pabergelegenheiten.
8. Genügend Räume zur Unterbringung von Motor- und Fahrrädern für Belegschaftsmitglieder und Hebernahme der Haftung durch das Werk bei eventuellen Diebstählen.

Radebeuler Chemieproleten gegen Lohnabbau

ADB löst bei Heyden vor. Reformistische Versammlung eine Blöße

Am 8. Januar von den roten Betriebsräten der chemischen Fabrik von Heyden, Radebeul, einberufene Belegschaftsversammlung, die Stellung zu dem 12prozentigen Lohnabbau der Chemiewerksarbeiter nahm und deren Beschluß zeigte, daß der Beschluß der ADBS in diesem Betrieb ländermäßig nicht, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie vollkommen in Harmonie gehalten. Die sozialdemokratischen Betriebsräte Feja und Thalmann, die bisher bei ADBS-Versammlungen die Taktik des Weichen angewandt hatten, waren zum ersten Male erschienen, wogegen aber nicht, die Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu verteidigen. Auch der Brandierer Jahr zeigte in dieser Versammlung die enge Verbundenheit der Renegaten mit den Belegschaftsleitern des Unternehmertums.

Während die Stimmen dieser drei „Auch-Arbeiter“ wurde folgende Kampfrückmeldung in dieser Versammlung angenommen:

„Die am 8. Januar tagende Belegschaftsversammlung der Heyden Chemische Fabrik von Heyden, Radebeul, bezeugt hiermit, daß sich die Anwesenden bereit erklären, ihre ganze Kraft einzusetzen und Abwehrmaßnahmen zu ergreifen gegen die neuen Verschlechterungen des Lebensniveaus der Arbeiterschaft. Die Anwesenden fordern durch den Arbeiterrat von der Direktion folgendes:

1. Den laut Notverordnung angeordneten Lohnabbau nicht durchzuführen. Wo schon Abzüge erfolgten, sind diese rückgängig zu machen.
2. Jedem Arbeiter und Angestellten der Firma den Lohn und das Gehalt nach den Sätzen vom 31. Dezember 1931 weiterzahlen.

Die Anwesenden sind gewillt, wenn diesen Forderungen nicht Rechnung getragen wird, alle ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel anzuwenden.“

Die Angst um die Mitglieder hatte nun die Reformisten nicht rufen lassen und profitig glaube man, die ADBS-Versammlung mit einer „Handvoll“ abtun zu können. Um so ärger war die Befürzung über den außerordentlich schwachen Beschluß ihrer eigenen Versammlung am Mittwoch, dem 13. Januar. Trotzdem für diese Versammlung zwei Tage lang Propaganda gemacht wurde, waren wenige Belegschaftsmitglieder erschienen.

Der Renze Zimmermann vom Fabrikarbeitersverband versuchte einhalb Stunden lang der Belegschaft den bereits vollzogenen Lohnabbau von zirka 13 Prozent schmachtlich zu machen, indem er den Arbeitern erklärte: „Wenn die Gewerkschaften dem Lohnabbau nicht zugestimmt hätten, wäre über Deutschland die Inflation herabgebrochen.“ Alle seine Bemühungen hatten aber sehr wenig Erfolg. Das zeigte am deutlichsten die Zwischenrufe der Arbeiter, die begriffen hatten, wo der Weg der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie hinführt. Den größten Schimpel ließ Zimmermann los, indem er den Anwesenden vorrechnete, daß es sehr schwierig sei, die Gewerkschaften und Arbeiter sei, sich für den Preisabbau einzusetzen. Wie dieser „Preisabbau“ aussieht, haben die Wertlilien in den letzten Wochen am eigenen Leibe verspürt. Die Phrasen Zimmermanns

waren weiter nichts als eine glatte Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die nun erkennen muß, daß ein solches Schling gemacht werden muß mit der Verabsichtung der Gewerkschaftsbörsen. Es gilt jetzt unter revolutionärer Führung der Arbeiterschaft in der roten Einheitsfront zusammenzuschließen und die Bonzen, die sich von den Großen der Arbeiter mästen und sie dafür an das Unternehmertum verraten, zum Teufel zu jagen.

Das Volksecho wird illustriert!

Ab 31. Jan. erscheint unsere Wochenzeitung im neuen Gewand

Von dir hängt es ab —

ob wir unser Ziel: 100.000 Leser für das illustrierte Volksecho bis 31. Januar erreichen

Nur die in deiner Zelle die Werbung an!

Giegreicher Metallarbeiterstreik

Am 2. Januar trat die 45 Mann starke Belegschaft der Metallfirma Weibbe in Lissa geschlossen in den Streik gegen Lohnabbau. Auch am 4. Januar führte die Belegschaft ihren Kampf zu 100 Prozent fort und verbarzte am 5. Januar im Totalstreik. Unter dem Druck der Kampfbereitschaft der Arbeiter mußte der reformistische Betriebsratsobmann noch im Laufe der Bewegung seine Funktion niederlegen, woraus ein ADBS-Kollege an seine Stelle trat. Der Streik wurde dadurch mit einem nahezu vollem Erfolge abgeblieben. Der geplante Lohnabbau ist restlos abgewehrt. Die Senkung des Tariflohnes soll nicht in der Höhe der übrigen Tarifsenkungen in der Metallindustrie erfolgen, sondern durch Verhandlung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat neu geregelt werden. Auch die Absicht der Firma, mehrere Arbeiter zu entlassen, ist durch die Entschlossenheit der Belegschaft zum Scheitern gebracht worden. Sämtliche Arbeiter, die am Streik beteiligt waren, sind restlos wieder eingestellt.

Der Streik bei Ulstein abgebrochen

Am Freitagvormittag folgte eine Versammlung der streikenden Hilfsarbeiter den Beschluß, den Streik abzubrechen, da infolge der Streikbrüchigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eine Verbreiterung des Streiks nicht in Aussicht war. Die Streikenden legten den Beschluß mit ungeborenem Kampfesmut. Sie gelobten, den Kampf gegen die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie im Betrieb und Gewerkschaft fortzusetzen.

1931 gekamten. Er empfahl den Arbeitern, wenn sie die Kosten für Zähne nicht zahlen können, den Betrieb zu befristeten. Krankengeld wird für den Mann nur noch die Hälfte des Grundlohnes gezahlt, die Frau erhält ein Hausgeld von einem Viertel des Grundlohnes bei Unterbringung des Mannes ins Krankenhaus. Ledige bekommen kein Hausgeld mehr, sobald sie ins Krankenhaus müssen. Die Erholungsheimen Kiffn und Gortich sind geschlossen. Für Mitglieder gibt es nur noch 20 Wochen Krankengeld, für Anfänger nur noch 13 Wochen Krankengeld. Jeder Kollege soll bei einer Erkrankung durch die Dienststelle angehen, ob er in einer Hilfskassa ist und was er erhält. Sterbegeld für Mitglieder gibt es nur noch den wöchentlichen Betrag des Grundlohnes, für Angehörige gibt es kein Sterbegeld mehr. (Urlaube in der Versammlung.) Für Krankenbehandlung der Angehörigen muß der Mann auskommen, die Kasse gewährt nur Arzt und Medikamente. (Urlaube der Versammlung.) Dieser Bericht war getragen von einer Durchführung, aber keiner Abwehr.

In der Diskussion geizelte der ADBS-Vertreter Brechtneider die Verschlechterungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Die neuordneten haarträubenden Bestimmungen beneuten, daß die krankenschwerkranken Arbeiter auf Tod und Leben den Krankentageärzten ausgeliefert sind. Der Reichsausschuss für Kerze und Kranke, allen wird noch Ausführungsbestimmungen ausarbeiten, die die Sicherung gegen eine übermäßige Inanspruchnahme der Krankenkasse treffen soll. Erst wird man zum Vertrauensarzt und dann zum behandelnden Arzt geschickt. Alle Verschlechterungen innerhalb der Krankenkasse fallen weg. Wenn man denkt, eine Frau kommt ins Krankenhaus zur Operation, liegt 6 bis 8 Wochen, und dann führt die Frau, so soll der Mann von seinen 17 Mark Wochenverdienst das Krankenhaus und Sterbegeld bezahlen.

Betreffs der letzten Lohnabnahme, Kollegen, so kann ich euch heute schon sagen, daß es nicht die letzte ist. Bewegung führt, worin ein Beispiel an betreffts des Hausgeldes, er lag die höher liegende Lohngruppe heran. Er sollte doch die unteren Gruppen heranziehen, dort erhalten die Frauen Lage und ihre 7 Mark Hausgeld pro Woche. Das bedeutet die Verelendung der Familien.

Bei den Hilfskassen wird die Vermittlung nicht eher Ruhe halten, bis sie alles ausgeschuldet hat. Sie greift in die Privatverhältnisse der Arbeiter ein. Wenn die Angehörigen sich im Krankenhaus in Behandlung befinden und man fordert pro Tag 5 Mark, so muß das als untragbar bezeichnet werden bei einer elenden Lohnzahlung von 17 Mark pro Woche. Mit einem Jahreslohn hat man 400 000 Unvollwertigen die Rente entzogen, für 350 000 Invaliden und Hinterbliebene die Rente gestiftet, für 300 000 Kriegserlebte die Rente gewaltig abgebaut. Kollegen, in Deutschland nimmt man für die verbliebenen Knochen durch die Rationalisierung den Arbeitsspielern die Rente, dazu der schmerzhaftige Lohnabbau und die Hungersteuer in einem einzigen Monat 40 Mark vom Lohn weg, wie soll man dann noch Rente zahlen und seine Familie mit 17 Mark ernähren? (Versammlung ausgesetzt.) Wir klopfen die Bourgeoisie und die Kapitalisten dieser Verelendung und des Menschenmordens an. Kollegen, kämpft mit uns, ihr Arbeitsetzer von gestern oder morgen, reißt euch ein in die rote Klassenfront gegen die traurigen Verhältnisse.

Eine Entschließung der ADBS-Kollegen, die sich gegen die ungeheure Verelendung der Eisenbahner richtet und der Notverordnungsbürokratie härtesten Kampf anlegt, wurde auf Grund der ADBS-Hehe des Bonzen Hilbrecht und des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden folgt abgelehnt.

Auch hier haben sich die Reformisten als Vertreter der Notverordnungspolitik gezeigt. Alle Verschlechterungen haben den Eisenbahner noch nicht die Erkenntnis beigebracht, daß es notwendig ist, gegen den Lohnabbau und die ungeheuren Verschlechterungen der Sozialversicherung den Kampf zu führen. Aber auch bei der Dornpiller-AG beginnt es zu dümmern. Die ADBS-Arbeiter erkennen immer deutlicher die Verabsichtung des Einheitsverbandes und der SPD. Sie reihen sich ein in die Kampffront unter Führung der ADBS und ADBS!

„Diktator“ Dölligsch

• der Handlanger der Dresdner Millionäre. Unter dem Beifallsgeheul der gesamten Brüning- und Hugenbergfront wurden Kommunisten für Monate von den Sitzungen ausgeschlossen. Maulkorb-Geschäftsordnung dauernd verschleiert

Von Stadtverordneten Dr. Helm

Das Parlament in einer bürgerlichen Demokratie nur funktionale Theater sind, von der herrschenden Klasse eingerichtet und unterhalten, um das Proletariat über Unternehmervillat und Diktatur hinwegzutäuschen, wird nachgerade den politischen auch weniger Geschulten klar. Die Notverordnungspolitik der Regierung, begrüßt vom Bürgertum, geführt von der SPD, durchgeführt von dieser und den Nazis (vergleiche Verdruss, Braunschweig und Mecklenburg), bekämpft allein von der KPD, hat auch den letzten Rest von Vertrauen in die parlamentarische Tätigkeit bei den Werktätigen erschüttert. Ein Beispiel:

„Der Reichstag beschließt am 18. 10. 1931, von einer Verringerung des Mietrechts, Reichsmieten- und Wohnungsmangelgesetzes Abstand zu nehmen, bis das soziale Mietrecht gesichert ist. Die Reichsregierung baut ab und beilegt diese Gesetze in der Notverordnung vom 8. 12. 1931 ohne jede Sicherung des sozialen Mietrechts.“

Obwohl diese Tatsachen allen bürgerlichen, sozial- und nationalsozialistischen Parlamentariern zur Genüge bekannt sind, wählten sie nach wie vor mit großer Geschäftigkeit die „Würde des Parlaments“. Bei den Gemeindeparslamenten grenzt dieses Verhalten bereits an Völlerei. Das Stadtverordnetenkollegium beschließt, der Rat führt die Beschlüsse nicht durch oder die Kreisbauernschaft hebt sie auf (vergleiche Abbau der Fürsorgebedarfspläne am 1. 1. 1932). Die Marionettenhaftigkeit dieses Kollegiums wird aber besonders durch die Tatsache erhärtet, daß bei der allgemeinen Staats- und Gemeindepleite Mittel für ihre Arbeiten eigentlich nicht mehr vorhanden sind und nur die Angst der herrschenden Klasse vor der Empörung der Massen, die Hoffnung, durch Aufrechterhaltung des demokratischen Scheines ihre Lebensdauer zu verlängern, die Erhaltung des Kollegiums ermöglicht. Wehrt man diese Zustände aufzuheben, die sich hinter dem Schein der Demokratie verdeckende bürgerliche Diktatur zu kennzeichnen, die Massen von der Tribüne des Parlaments zur Sammlung und höchsten Effizienz aufzurufen. — Hierin erblicken allein die Kommunisten ihre Hauptaufgabe im Parlament — vernichtet die Mehrheit des Kollegiums — absichtlich — nicht nur Schein mit Wirklichkeit, sondern legt darüber hinaus alles darauf an, jeden Zerfall des Scheines jeden mitleidigen Kritiker mundtot zu machen, kurz, die schamlose Methode der herrschenden Klasse gegen das Proletariat in das Kollegium hineinzutragen. In dieser Tätigkeit, die natürlich ungemein produktiv ist, erschöpft sich im letzten halben Jahre das Gemeindeparslament überhaupt.

Ihr Vorkämpfer dabei aber ist der sozialdemokratische Vorkämpfer Dölligsch mit seiner gesamten Fraktion.

Was allein im letzten Vierteljahr 1931 vom Vorkämpfer Dölligsch, vom Vorstand des Kollegiums und dessen Mehrheit an falschlichen Methoden gegenüber der kommunistischen Fraktion durchgeführt worden ist, spottet jeder Beschreibung. Dabei gingen diese „Hüter der Demokratie“, diese „Schützer der Geschäftsordnung“ so weit, daß sie bewußt selbst geschaffene Bestimmungen der Geschäftsordnung verdrehten, mißachteten und verletzten. Was es sich herausstellte, daß mangels an Mitteln das Kollegium nur noch nach der Uhr verhandeln dürfe, daß pünktlich um 21 Uhr die Sitzungen beendet sein müßten, ganz gleich, ob wichtige Interessen der Werktätigen auf dem Spiel standen oder nicht, verweigerte man die Geschäftsordnung durch Mehrheitsbeschlüsse gegen die Stimmen der Kommunisten wie folgt:

1. Es soll die Möglichkeit bestehen, daß für einzelne Beratungsgegenstände die Redezeit bis auf 1/2 Stunde verlängert werden kann.
2. Heber Beratungsgegenstände, zu denen der Ausschuss Bericht nicht für notwendig hielt, soll nur dann Bericht erstattet werden, wenn 10 Stadtverordnete widersprechen.

3. Bei Dringlichkeitsanträgen ist die Unterhaltungsfrage vor der Begründung der Dringlichkeit zu stellen.“

Zu 1. Die bisherige Redezeit wird generell auf 1/2 Stunde herabgesetzt. Denn von der „Möglichkeit“ macht die Mehrheit von Nazi-Richter bis Sozial-Richter jedesmal Gebrauch, um die Kritik der kommunistischen Redner an ihrer antisozialistischen Einstellung nicht länger anhören zu müssen.

Zu 2. Von den Kommunisten geforderter Bericht zwecks Aufklärung der Öffentlichkeit über die in der Dunkelkammer der Ausschüsse gefassten Beschlüsse werden unterbunden, da die kommunistische Fraktion nur 7 Mitglieder hat.

Zu 3. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten ist in Zukunft unmöglich, da sich die Mehrheit des Kollegiums gar nicht erst äußert, darauf die Dringlichkeit des Antrags beruht, und der Antrag fernerhand nicht unterstützt wird.

Mit dieser Anekdote der Meinungslosigkeit der Vertreter des Proletariats begnügte sich der sozialdemokratische Vorkämpfer aber keineswegs. In der Jahresabschlussung am 21. 12. 1931 bewies er wiederum deutlich, daß er auch ohne Befragung der Mehrheit — deren er natürlich sicher ist — es glänzend allein fertig bringt, noch schamloser zu regieren. Seine Auslegungen von Geschäftsordnungsbestimmungen waren Glanzstücke in dem Bestreben, die Kommunisten gänzlich mundtot zu machen.

§ 52 der Geschäftsordnung lautet:

„Die Redezeit darf die Dauer einer Stunde nicht überschreiten. Ausgenommen hiervon sind die Berichterstatter. Auf Antrag oder auf Anregung des Vorlesers kann ohne Aussprache die Redezeit durch Beschluß der Versammlung auf 30 Minuten verkürzt oder über eine Stunde hinaus verlängert werden.“

Diese Bestimmung ist durch den oben erwähnten Beschluß (zu 1) dahin geändert worden, daß die Redezeit regelmäßig auf 1/2 Stunde herabgesetzt wird. Aus der Sachfolge der Geschäftsordnungsbestimmung ist selbstverständlich zu entnehmen, daß die Abänderung sich nicht auf die Redezeit für die Berichterstatter beschränken und beschränken konnte. Was tut Herr Dölligsch? Als der Genosse Göbbe als Berichterstatter über das Sparfalschmieren länger als 1/2 Stunde redet — bei der Fülle des Materials um Zweck der Aufklärung der kleinen Sparrer eine Selbstverständlichkeit — entzieht ihm der sozialdemokratische Vorkämpfer das Wort mit der Begründung, daß er auch an die 1/2 Stunde Redezeit gebunden sei!

Man fürchtet auch bei den geringsten Dingen die offene Kritik, und kein Mittel, auch nicht das der Verkürzung von Geschäftsordnungsbestimmungen, wird gescheut, um sich dieser Kritik zu entziehen.

Das Tollste leistet sich Herr Dölligsch,

der ja immer besonders nach außen hin betont, neutral, demokratisch, objektiv die Sitzungen des Stadtverordnetenkollegiums zu leiten, bei folgendem Vorfall:

§ 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung lautet:

„Es ist unzulässig, unmittelbar nach den Ausführungen des Vertreter des Rates den Schluß der Beratung zu beantragen.“

In der Sitzung vom 21. 12. 1931 war es 23 Uhr geworden. Auf der Tagesordnung standen im wesentlichen nur noch wichtige Anträge der Kommunisten. Zu einem vorübergehenden reichlich lebenswichtigen Antrag der SPD hatte das Stadtoberhaupt, Herr Wilhelm Küll, gesprochen und dabei freundlich (sehr beachtenswert!) diesen SPD-Antrag begrüßt. Nach seinen Ausführungen beantragte der deutschnationalistische Fraktionsvorsitzende Herr Hobel Schluß der Aussprache und der öffentlichen Sitzung, da die Stadtverordneten nach erlaubter Zeit zur Verhandlung abgefa-

sen sei. Entgegen den lauten Protesten der kommunistischen Fraktion und entgegen dem klaren Wortlaut der oben erwähnten Geschäftsordnungsbestimmungen läßt Dölligsch diesen Antrag zur Abstimmung zu, der natürlich mit Mehrheit zum Beschluß erhoben wird. Die Festsetzung dieses öffentlichen Geschäftsordnungsabbruchs durch den kommunistischen Redner und der weitere laute Protest der Kommunisten wird von Herrn Dölligsch damit beantwortet, daß er zwei kommunistische Fraktionsmitglieder aus dem Saale weist!

Damit hat Herr Dölligsch und hat die gesamte Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums, die große Hindenburgfront, bewiesen, daß jede Demokratie und selbst der Schein derselben aufgegeben wird, wenn es sich darum handelt, die Kommunisten mundtot zu machen. Die Geschäftsordnungsbestimmungen werden willkürlich verletzt, der Protest dagegen wird mit Gewalt erwidert. Die Kommunisten haben von jeher auf diese Weise in einer bürgerlichen Demokratie hingewiesen, die für ihren Marsch eine Selbstverständlichkeit ist. Das Vorgehen Dölligsch im Stadtverordnetenkollegium bedeutet nur ein geistesloses Abbau der Politik des Reichsanführers Brüning mit trauerer Gesellschafter des Bürgertums, der SPD und der Nazis. Immer deutlicher wird bei solchen Vorfällen den Massen die Rolle des Parlaments im bürgerlichen Staat anzuzeigen. Staat und Parteien sind Diener der herrschenden Klasse und vollziehen deren Willen gegen das Proletariat. Der letzte Zusammenschluß aller Kräfte unter Führung einer revolutionären Partei, der KPD, in roter Einheitsfront wird dieser Politik ein Ende setzen und das Proletariat zum Siege, zum Sozialismus führen.

SPD „macht in Rußlandheke“

(Arbeiter'zeitung, S. 32)

Virna, Zehnte, russ. Dorf. In Zehnte darf kein vor futur eine SPD-Verammlung statt mit dem Thema: „Sozialismus“, um Juchser in ihre Verammlung zu bekommen. Es Referent war der bekannte Lügen-Barthel von Virna, erwidert, der sich in einer wüsten Rußlandheke erang, daß selbst alle Zehnte den Kopf schüttelten und sofort den ausgemachten Schein bei errienen. Wohlwollend hatten die Reformisten die Mitglieder der SPD nicht zur Verammlung zugelassen, um sowohl ihren Wohl verorten zu können. Die Hoffendworte beiter'zeitung alsob die Notverordnungstrecken nicht mit Sie recht sich ein in die rote Einheitsfront und unter Führung der KPD kämpft sie für ein freies sozialistisches Deutschland.

Dresdner Volksbühne. Das nächste Konzert mit dem Krauschor findet Mittwoch den 20. 1. 39 Uhr, im Gemeinhaus im Leistung: Kirchenmusikdirektor Rudolf Mauerberger. Chorleiter: Dresden Philharmonie. Mitwirkung: Kreuzher. Zur Aufhebung gelangen Werke von Walter Fraunfels, Günther Korholz, Heinrich Schütz, Hans Leo Hasler, Valentin Katheder, Gott Schumann, Joseph Haydn, Josef Krug-Baldsee. Aufführungsort für die Nummern 1—109 und 1401—1750. Die Hauptverlosung für die aufgeführten Nummern findet bis mit Dienstag den 19. 1. von 11 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle, Schützenha 34/36, 2. St. — Für das indische Hindu-Gespiel am 19. 1. im Vereinshaus erhalten die Mitglieder Karten zu 1.00 in der Geschäftsstelle und bei den Dienstleitern in den Theater. Nichtmitglieder bei den bekannten Verkaufsstellen. — Die Hauptverlosung für die am Donnerstag dem 28. 1. im Schauspielhaus stattfindende Volksaufführung „Egmont“ findet für die aufgeführten Nummern 3827 bis 4326 von Dienstag dem 19. bis mit Mittwoch, dem 27. 1. von 11 bis 18 Uhr, in der Geschäftsstelle statt.

Heute 20 Uhr im Schützenhaus Radeberg

spricht Polizeioberleutnant a. D. Giesecke. Botschaft: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“
Eintritt 10 und 20 Pfennig.
Rote Hilfe, Ortsgruppe Radeberg

Der wirkliche Preisabbau sieht so aus:

Dänische Butter Orig.-Auswiegung, 1/2 Pfund	75	Dänische Butter 1/2-Pfund-Stück	71	Feinste Molkereibutter I 1/2-Pfund-Stück	67	Feinste Molkereibutter II 1/2-Pfund-Stück	62
Perlbohnen, weiße	16	Linsen Ia, extra groß	42	Weizengrieß	24	Feinstes Weizenmehl II	24
Erbsen, grüne, handverl.	25	Linsen I, große	30	Hartweizengrieß	25	Graupen	25, 23 und 21
Viktoria-Erbsen	23	Linsen II, mittel	22	Allesbestes Auszugsmehl „Achrenstolz GEG“	28	Kartoffeln	10 Pfund 28
Erbsen, gelbe, halbe	22	Haferflocken	23	Feinstes Weizenmehl I	26	Rotkraut	Pfund 7
Eier 10 Stück 110, 100, 90 und	75	Kondensierte Milch Dose 53, 46, 27 und	23	Frische Milch fettreich	21	GEG-Blockstreichkäse	38
Limburger Käse	56	Dtsch. Bienenhonig, inkl. Glas	160	GEG-Malzkaffee, 1-Pfd.-Paket	44	Margarine	Pfund von 38 an
Limburger, ohne Rinde	72	Bienenhonig, goldkl., inkl. Glas	140	GEG-Malzkaffee, 1/2-Pfd.-Paket	22	Preßkopf II	Pfund 60
Edamer Käse, 40% Fett	80	GEG-Vitakaffee, coffeinf., 100g	70	GEG-Kistel-Zusatz	33	Blutwurst II	Pfund 68
Schweizerkäse, Pfund 180 und	128	GEG-Vitakaffee, coffeinf., 200g	140	GEG-Kaffeezusatz-Rollen 24 u.	13	Bockwurst	Stück 26

Jede sparsame Hausfrau deckt ihren gesamten Bedarf in ihrem eigenen Unternehmen im Konsumverein

VORWARTS

8. Jahrgang
Die geistige
Bürgerliche
bei den Ar
Organ
Der geistige
Bürgerliche
bei den Ar
Organ
Der geistige
Bürgerliche
bei den Ar
Organ